

## Protokoll 4/2023

### **Grosser Gemeinderat von Zug**

**Sitzung vom Dienstag, 21. März 2023, 17:00 – 21:14 Uhr, Kantonsratssaal,  
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Roman Burkard  
Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

### **Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste**

**Ratspräsident Roman Burkard** eröffnet die 4. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Bruno Zimmermann und Corina Kremmel; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.  
Später erschienen: Jérôme Peter (17:45 Uhr)

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

## **Todesfall**

**Ratspräsident Roman Burkard** teilt mit:

Am 15. März 2023 ist Felix Denzler im Alter von 82 Jahren gestorben. Felix Denzler war von 2003 bis 2008 als Vertreter der SVP im GGR sowie in der Bau- und Planungskommission.

Im Namen des Grossen Gemeinderates und der gesamten Zuger Bevölkerung möchte ich der Familie und den Angehörigen unser aufrichtiges Beileid aussprechen.

**Ratspräsident Roman Burkard** bittet die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zu erheben, um Felix Denzler zu gedenken.

*Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Felix Denzler für eine Schweigeminute.*

## Traktandenliste

- 1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls 3/2023**
  - 1.1 3/2023 – GGR-Protokoll vom 28. Februar 2023
- 2 Vereidigung der Ratsmitglieder**

Keine Vereidigung
- 3 Kommissionsbestellungen**

Keine Kommissionsbestellungen
- 4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben**

Keine Eingänge
- 5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse**

Keine Überweisung
- 6 Politische Sachgeschäfte**
  - 6.1 2795 SR – Umwelt und Energie: Energiekommission; Energieförderprogramm 2023; Kenntnisnahme
  - 6.2 2796 SR – Stadtkanzlei: Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug»
- 7 Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung**
  - 7.1 2781 SR – Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 25. November 2021 betreffend «Optimierung von Lichtsignalanlagen»
  - 7.2 2786 SR – Postulat (Motion) der SVP-Fraktion vom 1. September 2022 betreffend «Entlastung – JETZT – bei den Strom- und Gaspreisen in der Stadt Zug»
  - 7.3 2787 SR – Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. August 2022 betreffend «Warum hat der Stadtrat den GGR erneut umgangen und sich selber eine weitere ‹gebundene Ausgabe› in beträchtlicher Höhe für die Stadtschulen bewilligt? Wird aktiv auf das bewährte ‹Zugermodule› gesetzt oder wurden die Pavillons extern teuer zugemietet?»
  - 7.4 2785 SR – Interpellation der Mitte-Fraktion vom 26. November 2022 betreffend «Wohin geht die Reise mit der Beteiligung an der WWZ AG?»
  - 7.5 2788 SR – Postulat der Mitte-Fraktion vom 14. Dezember 2021 betreffend «Unterstützender Berichtsdienst für städtische Kommissionen»
  - 7.6 2790 SR – Postulat M. Leemann, die Mitte, und K. Umbach, FDP, vom 14. Mai 2022 betreffend Ersatzlösung bei Mutterschaft, Krankheit oder längerer beruflicher Abwesenheit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern
  - 7.7 2789 SR – Interpellation der SVP-Fraktion vom 29. November 2022 betreffend «Und wo bleibt jetzt das Stadtwappen im Logo?»

**8    Parlamentarische Vorstösse**

- 8.1   2792 SR – Postulat (Motion) von P. Steinle, Fraktion ALG-CSP, vom 21. September 2022 betreffend städtisches Stadion mit unverstelltem Arenaplatz

**9    Mitteilungen**

## 1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls 3/2023

### Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

### Zum Protokoll:

#### **Philip C. Brunner**

Ich habe dieses 77-seitige Protokoll vom 28. Februar mit grossem Interesse gelesen. Vor allem deshalb, weil gewisse meiner Aussagen gerüchteweise meiner Ansicht nach falsch weitergegeben wurden. Ich stelle aber fest, dass es hier im Protokoll genau so festgehalten ist, wie ich es gesagt habe. Das bringt mich zum Schluss, dass der Protokollführer und all diejenigen, die an diesem Protokoll arbeiten oder gearbeitet haben – und das ist jedes Mal eine grosse Arbeit –, eine ausgezeichnete Arbeit machen. Ihnen möchte ich danken, sicher auch in Ihrem Namen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

### Ergebnis:

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 3/2023 zur Sitzung vom 28. Februar 2023 demnach stillschweigend genehmigt ist.

## **2 Vereidigung der Ratsmitglieder**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Vereidigung von Ratsmitgliedern stattfindet.

### **3 Kommissionsbestellungen**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Kommissionsbestellung erfolgt.

#### **4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass seit der letzten Ratssitzung keine Eingänge erfolgt sind.

## **5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass keine Vorstösse zur Überweisung vorliegen.

## **6. Politische Sachgeschäfte**

### **6.1 Umwelt und Energie: Energiekommission; Energieförderprogramm 2023; Kenntnisnahme**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2795 vom 28. Februar 2023

#### **Christoph Iten**

Die im Bericht ausgeführten Massnahmen sind für die Mitte-Fraktion nachvollziehbar und zielorientiert. Wir gehen bezüglich der in den See abgegebenen Wärme davon aus, dass hier strenge Vorgaben und Limiten bezüglich See-Erwärmung existieren und auch regelmässig kontrolliert werden. Insbesondere die bessere Abstimmung mit kantonalen Fördermassnahmen ist sinnvoll. Das Subsidiaritätsprinzip wird wo möglich eingehalten – wo der Kanton fördert, muss die Stadt nicht auch noch fördern. Auch die Deckelung vereinzelter Beiträge hilft, dass genügend Fördermittel bei kleineren Projekten von Privatpersonen übrig bleiben.

Grundsätzlich darf man von diesen Anpassungen also künftig etwas weniger Ausgaben erwarten. Dies ist auch nötig: Analysiert man die Budget-Aufstellung, welche man meiner Meinung nach übrigens durchaus etwas übersichtlicher hätte gestalten können, so stellt man fest, dass das Budget bei gleichbleibenden Ausgaben nicht ausreichen wird. Die viermal CHF 800'000.00, also die CHF 3.2 Mio., die wir mit dem Rahmenkredit mal bewilligt haben, würden so klar überschritten.

In den letzten 12 Monaten hat sich die Welt insbesondere auch in Energiethemen komplett verändert. Wir haben heute eine neue Ausgangslage. So wäre bis zu einem gewissen Punkt auch ein absehbarer Nachtragskredit nachvollziehbar und zu diskutieren. Hier erwarten wir allerdings transparente Kommunikation: Falls bereits heute absehbar wäre, dass der Rahmenkredit nicht ausreicht, hätten wir im vorliegenden Bericht eine entsprechende Ausführung erwartet. Eventuell kann die zuständige Stadträtin dazu noch einige Ausführungen machen.

Mit diesen Worten nimmt die Mitte-Fraktion Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

#### **Marilena Amato Mengis**

Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Energiekommission. Zug hat die Mittel, um vorwärtszumachen beim Ausstieg aus fossilen Energieträgern und vor allem auch um hier eine Vorbildrolle zu übernehmen. Das Förderprogramm ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg und es ist sehr erfreulich, dass Entwicklungen in der Förderlandschaft laufend beobachtet werden, darauf reagiert wird und auch konkrete Forderungen aus dem Grossen Gemeinderat, namentlich die Vorstösse von Patrick Steinle, aufgenommen wurden. Das zeigt, dass das Förderreglement dynamisch und anpassungsfähig gehalten wird, und das ist sehr wichtig in einem Bereich, in dem sich so vieles so schnell ändert. Herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Viele wollen jetzt umsteigen, sei es aus ökologischen, wirtschaftlichen oder politischen Motiven. Das hat zur Folge, dass die Nachfrage im Markt steigt und damit auch die Preise. Insofern fragen auch wir uns, wie lange der Rahmenkredit noch ausreichen wird. Wir erwarten deshalb ebenfalls vom Stadtrat, dass er – sollte es nötig sein – entsprechend reagiert und, wie bereits in Vergangenheit geschehen, allenfalls einen Nachtragskredit beantragen würde. Gleichzeitig regen wir jedoch an, gerade angesichts des sich aktuell rasant verändernden Markts, sich Gedanken zur Qualitäts- und

Wirkungskontrolle zu machen, welche explizit so hier noch nicht vorgesehen scheint. Auch scheint uns sinnvoll, zu prüfen, ob es noch andere Finanzierungsmodelle gibt, die zielführend sein könnten.

Abschliessend sei darauf hingewiesen, dass finanzielle Beiträge nicht das Alleinseligmachende sind. Das hat auch der Stadtrat festgestellt. Wenn wir also sagen, Zug hat die Mittel, um eine Vorreiterrolle zu übernehmen, dann wünschen wir uns, dass das nicht nur in Form von Geld gemeint ist, sondern dass der Stadtrat in allen Bereichen, in denen er Einfluss hat oder nehmen kann, neue Mittel und Wege sucht, um unser wichtigstes Ziel, den Ausstieg aus den fossilen Energien, zu erreichen. Denn wie der Bericht zeigt: Trotz aller Innovation und Förderung sind wir bei Gas und Öl immer noch bei einem Anteil von 75 %. Und das ist definitiv zu viel.

In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis.

#### **Daniel Blank**

Die FDP-Fraktion bedankt sich für den Bericht. Wir begrüssen, dass das aufgesetzte Programm mit den kantonalen Förderungen abgeglichen und synchronisiert ist.

Das bringt sicherlich auch für die Antragsteller eine bessere Übersicht in den zunehmend dynamischen Förderdschungel.

Etwas überrascht hat uns da die Förderung von der Fernkälte. Sicherlich stehen heute auf Grund von Circulago bessere Möglichkeiten zur Verfügung.

Dennoch: Kälte fördern wirft natürlich ganz grundsätzliche Fragen auf. Aus unserer Sicht ist der Bezug von Kälte nicht generell sinnvoll und förderungswürdig. Wir werden dies kritisch beobachten.

Weiter hoffen wir, dass der Rahmenkredit bis 2025 ausreicht und so «verhebt». Die vorgelegten Zahlen zeichnen da aber leider ein etwas anderes Bild.

In diesem Sinne ergänzen wir unsere Hoffnung mit einem Appell: In unserem Verständnis ist der Rahmenkredit eine Zielvorgabe fürs Förderprogramm – und nicht umgekehrt.

Wir nehmen Kenntnis und sind gespannt auf den nächsten Bericht.

#### **Daniel Marti**

Die grünliberale Fraktion begrüsst das Engagement der Stadt Zug bei der Förderung von Massnahmen zur Reduktion des Energiebedarfs und zur Erhöhung des Einsatzes von CO<sub>2</sub>-freien und erneuerbaren Energieträgern. Wir anerkennen die Notwendigkeit, das Förderprogramm an die sich ändernden Rahmenbedingungen auf kantonaler und nationaler Ebene anzupassen und die Effizienz der Fördermassnahmen zu erhöhen.

Dank dem grosszügigen Förderprogramm des Kantons beim Heizungersatz entfällt ja jetzt bekannterweise der wichtigste Fördergegenstand auf städtischer Ebene. Konsequenterweise kann dann in Zukunft die Wirkung des städtischen Förderprogramms auch nicht mehr mit dem Anteil fossiler Energie beim städtischen Wärmebedarf gemessen werden, wie dies im vorliegenden Bericht und Antrag noch der Fall ist.

Angesichts der Tatsache, dass vom Rahmenkredit von CHF 3.2 Mio. bis 2025 nur noch CHF 1.6 Mio. überbleiben, stellt sich auch die Frage, ob das Förderprogramm nicht etwas gestrafft werden sollte und auf wenige wichtige Fördergegenstände reduziert.

Im jetzigen Förderprogramm hat es mittlerweile 21 verschiedene Fördergegenstände. Wie zielführend dies ist und welche Wirkung im Sinne von zusätzlich gesparter Energie oder zusätzlich vermiedenen CO<sub>2</sub>-Emissionen damit erreicht wird, darf zumindest hinterfragt werden.

Erfreulich ist, dass bei der Förderung von Photovoltaikanlagen und beim Förderbeitrag für Gebäudedämmungen nun auf das kantonale beziehungsweise eidgenössische Förderprogramm abgestützt wird und somit eigentlich kein zusätzlicher Förderantrag mit anderslautenden Förderbedingungen bei der Stadt Zug gestellt werden muss.

Leider wird diese Vereinfachung und der damit geschaffene Goodwill gleich wieder zerstört, indem mit der unnötigen und sinnfreien GEAK-Plus-Pflicht bei der Sonderaktion für Dämmmassnahmen und der Pflicht für einen genau berechneten Kostenvoranschlag bei der Einreichung des Förderantrages wiederum eine Besonderheit für die Stadt Zug und eine bürokratische Schranke eingebaut wird.

Es kommt einem etwas vor, als ob der Stadtrat und die Energiekommission zwar fördern wollen, aber es dann den Fördergeldempfängern doch nicht gönnen und daher sogleich ein paar kleinliche Zusatzforderungen hinterherschicken, um die Fördergeldempfänger mit einem Spiessrutenlauf zu bestrafen.

Aber vielleicht hilft dies ja, damit die verbleibenden CHF 1.6 Mio. im Förderbudget nicht zu schnell aufgebraucht werden, weil wegen dem bürokratischen Zusatzaufwand viele Förderanträge dann gar nicht erst gestellt werden.

In dem Sinne nehmen wir das Förderprogramm 2023 wohlwollend zur Kenntnis.

### **Julia Küng**

Auch wir von der Fraktion ALG-CSP beurteilen das Energieförderprogramm positiv. Gerade auch mit der Sonderaktion für Dämmmassnahmen und der erhöhten Unterstützung für neue Photovoltaikanlagen können wir wichtige Schritte in Richtung Klimaschutz und Energieunabhängigkeit und somit in eine sichere und freie Zukunft machen.

Allerdings kann ein Förderprogramm nur dann wirklich wirken, wenn die Menschen in Zug auch davon wissen. Deshalb wünschen wir uns vom Stadtrat jetzt eine aktive Informationskampagne. Ein Förderprogramm kann erst dann wirklich greifen, wenn die Zugerinnen und Zuger auch aus den Medien, von Plakaten, durch Social Media oder andere Informationskanäle wissen, dass die Stadt sie auf dem Weg in eine CO<sub>2</sub>-freie Zukunft unterstützt. Die Zeit drängt, deshalb umfasst das Förderprogramm auch zeitlich begrenzte Aktionen. Auch diese können wiederum ihre einmalige Anstosskraft nur dann entfalten, wenn die Menschen wissen: Die Zeit, zu handeln, ist jetzt. Die Zeit, in der sie unterstützt werden, ist jetzt. Und eben nicht erst in ein paar Jahren.

Eine rasche Energiewende ist kein Nice-to-have, sondern die Voraussetzung für ein Zug mit Zukunft. Wir müssen versuchen, so viele Menschen wie möglich jetzt zu einem Wandel zu motivieren. Das ist viel günstiger, als wenn wir erst dann handeln, wenn es bereits zu spät ist.

Also schauen wir, dass die guten Ansätze im Energieförderprogramm wirklich Wirkung zeigen können. Investieren wir in Kommunikation und Marketing, damit wir möglichst viele Haushalte in Zug durch Energieeffizienz und Erneuerbare für die Zukunft rüsten. Denn wie der gestern veröffentlichte Synthesebericht des Weltklimarats IPCC einmal mehr verdeutlicht: Wir haben keine Zeit für kleine Schritte.

### **Philip C. Brunner**

Besten Dank für diese Vorlage. Wir haben das in der Fraktion als eine Art Zwischenbericht verstanden. Dass der Stadtrat uns transparent über die heutige finanzielle Situation einen Budgetüberblick gibt, ist bemerkenswert. Wir begrüßen das.

Wie verschiedene Vorredner von mir bereits festgestellt haben, ist es so, dass das Ganze nach den üblichen Schritten abläuft: Zuerst die ganz grosse Begeisterung, dann macht man sich an die Arbeit und verspricht diese Verpflichtungskredite, mittlerweile macht sich – und das ist jetzt auch hier im Rat passiert – eine gewisse Ernüchterung breit.

Erinnern wir uns an den Ablauf dieser Geschichte mit diesen Fördergeldern. Zuerst hatten wir jahrelang im alten Energiereglement die Zahl von CHF 400'000.00. Dann ist der Stadtrat auf die Idee gekommen, man müsste das erhöhen, weil auch die Nachfrage grösser wurde. Wir haben dann einen Übergangskredit von CHF 1 Mio. gesprochen. Nachher haben wir vier Jahre – in dieser Phase befinden wir uns – viermal CHF 800'000.00 gesprochen. Resultat Stand Restbudget: CHF 1.6 Mio. Sie können unschwer erfühlen oder annehmen, was jetzt als Nächstes passiert. Als Nächstes kommt der Nachtragskredit. Das heisst, die Geschichte wächst uns bereits über die versprochene Schallgrenze von im Schnitt CHF 800'000.00 pro Jahr.

Das ist, was die SVP immer vorausgesagt hat. Wir haben das Energiereglement bekämpft. Ein Schild oder Plakat, das aufgestellt wurde, hiess «Ideologie vor Versorgungssicherheit». Das ist genau, was passiert: Die Versorgungssicherheit ist jetzt nicht mehr sichergestellt. Das heisst, wir haben einen Stromversorgungsengpass – kann man zumindest sagen –, auch wenn wir etwas Glück gehabt haben diesen Winter und Experten sagen, die Stromsituation werde sich jetzt zunehmend verbessern. Ja, bis zum nächsten Winter.

Und gleichzeitig fördern wir das. Das ist hier im Detail wiedergegeben. Also wir fördern gleichzeitig den Wahnsinn, zu wenig Strom zu haben und gleichzeitig mehr Strom zu brauchen für den Klimaschutz. Und das ist nicht im Sinne unserer Partei beziehungsweise unserer Fraktion. Wir sind gespannt, wann dieser Nachtragskredit kommt.

Kommt noch dazu – das wurde von Vorrednern auch schon erwähnt –, dass der Kanton grosse Anstrengungen übernimmt, ebenso übrigens der Bund. Das heisst, es wird vor allem kompliziert und es wird vor allem bürokratisch.

All das hat dieser Rat vom Stadtrat verlangt. Der Stadtrat kommt dem nach und macht das. Wir können das nicht unterstützen. Obwohl wir es begrüßen, dass man uns transparent Auskunft gibt über die Situation, müssen wir Ihnen eine negative Kenntnisnahme dieses Energieförderprogramms beantragen. Das ist das Einzige, was wir machen können: Damit ein Zeichen setzen, dass es so eindeutig nicht geht. Es ist ein Zickzackkurs, der da seit Jahren geführt wird. Wir haben es nach dem Studium der Vorlage so verstanden, dass das so weitergeführt werden soll.

Natürlich sind die Erfolge, die man da zu erzielen hofft, mit mehr Geld – wie gewisse Vorredner bereits gefordert haben – natürlich zu erreichen. Aber es gibt noch andere Dinge, wie Sie wissen, die diese Stadt bewältigen muss. Das ist nicht das Einzige und Alleinseligmachende. Wir haben – Sie kennen ja die Budgetzahlen – noch andere Aufgaben in dieser Stadt zu finanzieren.

Da machen wir auch mit, das ist richtig. Wir werden noch über das Hallenbad reden. Wer solche Dinge möchte, kann nicht überall, an allen Ecken und Enden Geld ausgeben. Und dann müssen die Bürger oder die Firmen das halt selber zahlen.

Erinnern Sie sich, was im Energiereglement steht, wer davon ebenfalls profitiert: ganz grosse Firmen, die Korporation und so weiter – Institutionen, die unser Geld eigentlich gar nicht brauchen. Natürlich werden sie es beziehen, dafür habe ich Verständnis. An ihrer Stelle würde ich das auch machen.

Also, Herr Präsident, negative Kenntnisnahme seitens der SVP als Antrag.

### **Barbara Gysel, Stadträtin**

Namens des Stadtrates danke ich Ihnen für die positive Aufnahme und die Beratung zu diesem Energieförderprogramm. Dass wir das hier beraten, ist eigentlich das Ergebnis des parlamentarischen Prozesses vor vielen Monaten. Es hat nämlich der Rat im Energiereglement beschlossen, dass neu das Energieförderprogramm dem GGR zur Kenntnis vorgelegt wird. Es ist also eine Premiere, nachdem die Volksabstimmung im vergangenen Mai stattfand, dass hier dieses Energieförderprogramm beraten werden kann. Es kann aber inhaltlich nicht abgeändert werden. Sie haben das gelesen, das liegt in der Kompetenz vom Stadtrat. Hingegen nehmen wir selbstverständlich die verschiedenen Voten auf und werden das auch in der Beratung vom Förderprogramm 2024 mitberücksichtigen.

Wie erwähnt danke ich Ihnen grundsätzlich, werde aber auf einzelne Punkte noch eingehen. Es wurde zum einen von den verschiedenen Fraktionen die Flexibilität gewürdigt, also die Anpassung an die dynamische Förderlandschaft, es fiel sogar das Wort «Dschungel». Ich kann hier wirklich bekannt geben, dass wir uns redlich darum bemühen, die Prozesse zu vereinfachen. Und da muss ich dem GLP-Redner widersprechen: Es ist nicht der Fall, dass wir die Prozesse erschweren oder Hindernisse in den Weg legen wollen. Das möchte ich abweisen.

Nun noch zum Rahmenkredit, da sind vielleicht zwei Dinge zu erwähnen. Ich schlage Ihnen vor, dass ich es im Rahmen der GPK-Visitation auch nochmals sehr, sehr ausführlich darlegen werde. Grundsätzlich – das wissen langjährige GGR-Mitglieder bereits – ist es so, dass die Projekte vor Baustart eingereicht werden müssen. Das Gesuch wird beurteilt, es wird ein Betrag in Aussicht gestellt. Und die Erfahrung lehrt, dass mehrere Gesuchstellende immer wieder im Rahmen des oft mehrmonatigen Prozesses Änderungen erfahren. Das heisst, es kam schon vor, dass Projekte gar nicht durchgeführt wurden, was heisst, dass der Betrag gar nicht bezogen wurde. Die Bauprojekte halten sich nicht an die Kalenderjahre, sondern sie sind jahresüberschreitend, was dann transitorisch gebucht ist. Es ist also so, dass die jetzt bekannte Fördermenge den zugesagten Mitteln entspricht. Das bedeutet nicht, dass sie automatisch in dieser Summe dann effektiv ausbezahlt werden. Das ist zu berücksichtigen. Wir führen eine sehr detaillierte Liste dazu, die können wir auch entsprechend vorlegen.

Nun zu den Rahmenbedingungen noch zwei Dinge: Zum einen muss ich Philip C. Brunner ein bisschen widersprechen. Es wurden früher CHF 400'000.00 zusätzlich vom GGR abgeholt. Die ergänzende CHF 1 Mio. ist im Budget 2022 bereits enthalten.

Und was, glaube ich, jetzt in mehreren Voten zum Ausdruck kam: Wir gehen in der Energiekommission und im Stadtrat davon aus, dass die Bedingungen in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren sehr aktiv beobachtet werden müssen. Wir gehen nicht davon aus, dass wir jetzt einen zusätzlichen Kredit beantragen würden. Also an die Adresse der Mitte-Fraktion: Es ist nicht so, dass wir eine Information zurückgehalten hätten. Diese Transparenz ist somit gewährleistet. Aber wir werden es weiter aktiv beobachten und werden Sie frühzeitig informieren.

Abschliessend möchte ich sagen: Energiefragen sind sehr relevant für unsere Stadt. Welche Art von Energiequelle wir nutzen und auch Fragen der Energieeffizienz und -suffizienz werden uns nicht nur im Rahmen des Förderprogramms beschäftigen. Wir arbeiten an verschiedenen weiteren Handlungsfeldern. Das heisst, an die Adresse des SVP-Sprechers: Diese Frage von Klimaschutz ist für die Stadt Zug bestimmt notwendig, aber sie ist nicht hinreichend. Die Stadt Zug kann stolz sein auf das Förderprogramm, das kein neues ist. Wir sind ein Vorreiter im Kanton und haben eine gute Tradition, die wir in die Zukunft führen werden.

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass ein Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

#### **Abstimmung Nr. 1**

- Für den Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme stimmen 7 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme stimmen 29 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 1**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat das Energieförderprogramm 2023 zur Kenntnis genommen hat.

## **6.2 Stadtkanzlei: Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug»**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2796 vom 7. März 2023

### **Etienne Schumpf, Stadtrat**

Was wollen wir für eine Stadt sein? In welche Richtung soll sich unsere Stadt entwickeln?

Für diese grossen Fragen der Zukunft hat der Stadtrat einen wegweisenden Kompass erstellt: die sogenannte Entwicklungsstrategie.

Die Entwicklungsstrategie wurde in der vergangenen Legislatur erstellt und verabschiedet, und auch darüber informiert. Aber es tut gut, uns diese immer wieder vor Augen zu führen, darum wurde sie Ihnen heute entsprechend verteilt.

Darin steht, dass wir eine lebenswerte, visionäre und pulsierende Stadt sein wollen. Um dies zu erreichen, braucht es nicht nur attraktive Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft und ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen Stadt – nein, es braucht noch mehr. Es braucht eine moderne Infrastruktur für eine hohe Qualität in der Bildung und für den Schulsport, genügend Infrastruktur für ein aktives Vereins- und Sportleben und zeitgemässe Infrastruktur für jedermann, der sich in der Stadt Zug aktiv betätigen möchte.

Auch das Sportleitbild besagt, dass internationale Sportveranstaltungen für unsere Stadt eine wichtige Bedeutung haben und unterstützt werden sollen.

Sie merken es meinen Ausführungen an, die vorliegende Initiative stösst beim Stadtrat auf offene Hallenbadtüren und offene Wasserballtore. Zum heutigen Zeitpunkt macht es Sinn, dass diese Initiative auch eine gewisse Flexibilität ermöglicht, was die Grösse der Wasserfläche anbelangt, weil wir auch noch nicht wissen, wo ein möglicher Standort sein könnte, und dies auch noch nicht Gegenstand der aktuellen Diskussion ist und Gegenstand der detaillierten Projektplanung sein wird. Wenn wir aber über Grösse beziehungsweise Länge des Wassers reden, dann ist es so, dass es für internationale Wettbewerbe, zum Beispiel eine Weltmeisterschaft oder Europameisterschaft im Schwimmen, eine Länge von 50 Metern braucht. Für internationale Wettbewerbe beim Wasserball braucht es eine Länge bis zu 30 Metern, es kann aber auch kürzer sein. Und beim Turmspringen müssen wir dann mehr über die Tiefe als über die Länge diskutieren. Und wenn wir dann über Olympische Spiele sprechen – es ist auch immer schön, zu träumen und Visionen zu haben –, dann gelten dann natürlich spezielle Vorschriften.

Die Grösse der Wasserfläche ist eine wichtige Frage, natürlich auch betreffend Kosten, die wir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beantworten können und wollen.

Wir sind aber der Meinung, dass aufgrund der Herausforderung und Grösse des Projektes eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden Sinn macht, um auch hier entsprechende Synergien nutzen zu können.

Sowohl der Projektierungskredit wie auch der Objektkredit werden via GGR ans Volk gelangen.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass es für ein visionäre, pulsierende und lebenswerte Stadt ein neues Hallenbad braucht, wovon die gesamte Bevölkerung profitieren würde. Vielen Dank für die Zustimmung zu unserem Antrag.

### **Mariann Hegglin**

Mit zwei in die Jahre gekommenen Hallenbädern in der Stadt Zug und je eines in Baar und Ägeri haben wir im Kanton Zug vier Hallenbäder. Tatsache ist: Die Stadt wächst, die Wassersport-Nachfrage ist gross und das Wetter wird immer unberechenbarer. Die Volksinitiative kam zustande und somit unterstützt die Mitte-Fraktion die Volksinitiative nach einem weiteren öffentlichen Hallenbad.

Und trotzdem gab es – wie auch Stadtrat Schumpf erwähnt hatte – einige Punkte, welche innerhalb unserer Fraktion zu Diskussionen führten.

Die Initianten überlassen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern und auch dem Stadtrat in ihrer Forderung «Ein Hallenbad für alle» einen grossen Spielraum.

Dass in einem neuen Hallenbad auch internationale Wassersport-Wettbewerbe ausgetragen werden sollen, muss nun der Stadtrat ausbaden. Wir gehen davon aus, dass, wenn in dieser Dimension geschrieben wird – und wie eingangs erwähnt –, von einem 50-Meter-Becken die Rede ist.

Eines ist sicher: Das wird ein teures Hallenbad. Und wir sprechen hier nicht von einem Luxus-Wellnessbad.

Wie erwähnt ist in anderen Talgemeinden ein ähnlicher Mangel an Hallenbädern vorhanden. Wir danken dem Stadtrat, dass er diese Gelegenheit nutzt, um einen geeigneten Standort auch über die Grenze der Stadt Zug zu finden.

Was wir aber noch bedauern, ist, dass die Fraktionen nicht genügend Zeit hatten nach dem Bericht des Stadtrates, um einen möglichen Gegenvorschlag auszuarbeiten, um genau diese genannten Punkte zu relativieren.

Wie schon eingangs erwähnt: Die Mitte-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates, die Abstimmung dem Volk zu unterbreiten und die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

### **Philip C. Brunner**

Wir danken Stadtrat Schumpf für seine Bemerkungen. Auch wir teilen visionäre Gedanken in dieser Sache und ich komme später noch mit ein paar Vorschlägen auf Sie zu.

Vorab, die SVP-Fraktion unterstützt diese Initiative der CSP und empfiehlt sie, so wie der Stadtrat das auch tut, dem Stimmbürger zur Annahme. Wir gehen auch davon aus, dass dies auch unsere Partei tun wird. Auch wenn wir ganz ehrlich gesagt etwas daran zweifeln, ob die fünfjährige Frist zur Umsetzung genügt, aber vielleicht ist der nötige Druck auf die ganze Politik, dieses Geschäft vorwärtszutreiben, auch nicht so schlecht. In diesem Sinne danken wir der CSP für ihr Engagement in dieser Sache – auch wir haben mit Überzeugung einige Unterschriften zur Sammlung beigetragen. Wir danken im Übrigen auch dem Stadtrat für seine Vorlage mit allen juristischen Details, die zu beachten sind.

Unsere Zuger Stimmbürger haben in den letzten Jahren sehr viele Projekte mit sehr viel Steuergeld unterstützt. Ich denke dabei an neue Schulen, an Schulumbauten, an Renovationen, an einen sehr teuren Immobilienkauf für die Zentralisierung der Stadtverwaltung, an ein teures Eisstadion in der Höhe von über CHF 60 Mio., wozu die Stadt sogar Landreserven, das frühere Bossard-Areal, verkaufen musste. Und zuletzt haben wir auch noch die historische Chance ergriffen und den Zurlaubenhof gekauft. Die SVP war im Gegensatz zu anderen hier im Rat vertretenen Parteien immer für diese Ausgaben. Sie waren nötig und richtig und wir sind froh, dass sie jeweils vom Stimmbürger

abgesegnet wurden, zum Teil mit herausragenden Resultaten. Besonders der Kauf des früheren Landis&Gyr-Gebäudes musste gegen den Widerstand gewisser Kreise förmlich erkämpft werden. Das kann Ihnen auch die heute anwesende Monika Mathers bestätigen. Dass dies ein richtiger Schritt war, ist heute jedermann klar. Während die Ergebnisse der Stadt sich in den letzten Jahren geradezu explosiv zum Positiven entwickelt haben, hat die Stadtbevölkerung – und ich meine alle, die ganze Stadtbevölkerung – relativ wenig davon gespürt. Interessengruppen wie Sportler, Kinder und Jugendliche, die Verwaltung haben von der wirtschaftlichen Kraft von Zug mit infrastrukturellen Leistungen profitiert. Aber eben, wie gesagt: nicht die ganze Bevölkerung. Und das sind neben den Kindern, Schülern, Sportlern unsere Vereine, wir alle. Zug verdient ein Hallenbad. Und es soll da nicht – um es im Dialekt zu sagen – «gschmürzelet» werden. Wir verdienen ein schönes Hallenbad, ein grosses Hallenbad, ein Hallenbad, welches eben auch für die bereits diskutierten olympischen Grössen und internationalen Sportwettkämpfe entsprechend zur Verfügung steht. Wenn wir sehen, was im Ägerital mit unseren ZFA-Steuergeldern geschaffen wurde, dann möchten wir hier in der Stadt ebenfalls mitziehen.

Zum Standort haben wir uns ja bereits mit unserem Postulat «Drei «Fische» auf einen Schlag mit dem neuen Masterplan «Schwimmen» – Für ein neues grosszügiges Strandbad im Brüggli, ein vergrössertes Zuger Strandbad und ein neues Hallenbad mit ganzjährigem zentralem Betrieb» entsprechend geäussert. Sie haben freundlicherweise dieses Postulat dem Stadtrat überwiesen. Das bestehende Strandbad ist Ihnen bekannt. Man hat uns später darauf hingewiesen, auch damals in der Debatte, dass das aus verschiedenen rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Darum vielleicht noch ein paar Bemerkungen.

Weitere mögliche Standorte wären – ich führe sie aus und möchte damit einfach die Fantasie und die Visionen des Stadtrats etwas beflügeln:

Abriss der Schützenmatt-Turnhalle – nicht unbedingt ein herausragendes Objekt, auf welches wir stolz sein könnten – und Schaffung eines Sportcenters in unmittelbarer Nähe des Sees. Dabei könnten die heute bestehenden Plätze und auch die Schützenmattwiese einbezogen werden.

Oder zweitens: Im Raum der Sportmeile: Ausbau im Raum der Sportplätze und gleichzeitig Ersatz der Fussballplätze oben auf dem Dach.

Ein weiterer Ort, der aus unserer Sicht in Frage kommt – nicht ganz so ideal und nicht ganz so idyllisch gelegen –, ist das Steinlager, ebenfalls mit möglichen Kombinationen, hier denken wir an Wohnungen oder andere Nutzungen für die Stadtbevölkerung.

Ein weiterer Ort wäre Göbli Nord, dort wo sich jetzt die Tennisplätze befinden. Das Grundstück ist in der Zone OelB und befindet sich im Besitz der Stadt. Die Tennisplätze könnten ebenfalls in dieses Areal involviert werden, sie könnten sogar noch weiter verbessert werden.

Dann fällt ja das Gaswerkareal aus bekannten Gründen bedauerlicherweise weg. Ich habe Zahlen gehört von 2032, 2025 bis das von der Stadt benutzt werden könnte.

Und auch ganz in der Nähe, eine vielleicht andere kreative Idee: Wir übernehmen das Baufeld B auf dem ZVB-Areal, zahlen der ZVB den verlangten Baurechtszins und stellen an zentraler Lage ein Hallenbad auf mit Wohnungen obendrauf mit Seesicht, die mithelfen, den Baurechtszins zu verdienen. Das wäre sicher nicht die schlechteste Idee, auch wenn man vermutlich den Bebauungsplan noch etwas anpassen müsste und das jetzt kurzfristig kaum möglich wäre.

Wo die SVP sich dagegen wehren wird, ist ein Zusammengehen mit der Gemeinde Steinhausen, wie das hier bereits erwähnt wurde. Nachdem in den nächsten Jahren keine Fusion mit dieser Agglomerationsgemeinde geplant ist, wäre es schade, wenn wir auf Jahrzehnte hinaus mit dieser Gemeinde darüber streiten, wer wie viel an das jährliche Defizit des Hallenbades bezahlt. Ein Drittel? Die Hälfte? Jährlich unterhalten und streiten, das wäre das Resultat. Nichts gegen Kooperationen, die beiden Seiten nützen. Die ganze Zuger Bevölkerung ist übrigens eingeladen, unser neues Zuger Hallenbad dann einmal zu bevölkern und zu benutzen. Eine Gemeinde mit einem Parlament wie wir, welches jederzeit Kontrolle über das Budget hat und dieses auch abändern kann, ist mit einer allein seligmachenden Exekutive in Steinhausen, welche die paar Dutzend anwesenden Stimmbürger zweimal im Jahr überzeugen muss, was sie wollen, ist auch nicht unbedingt eine ideale Voraussetzung. Vor allem wenn man diese Gemeindeversammlungen jeweils verfolgt, da wird ja alles, was die Exekutive will, abgesegnet. Das ist ja der grosse Vorteil unseres Parlaments.

In diesem Sinne bedanken wir uns beim Stadtrat und hoffen, dass dieses Projekt ohne Zweifel die Zustimmung der Stimmbürger finden wird und vom Stadtrat vorangetrieben wird. In diesem Sinne empfehlen wir dem Stimmbürger, diese Vorlage anzunehmen.

### **Johannes Hegglin**

Als kleine Partei hat die CSP zusammen mit dem Schwimmclub Zug innerhalb weniger Wochen genügend Unterschriften für ein neues Hallenbad sammeln können. Es ist demnach ein ausgewiesenes Bedürfnis, in Zug ein Hallenbad für alle zu haben, wie wir das schon mehrfach gehört haben. Schön, dass der Stadtrat dies auch so sieht. Die Schulbäder Herti und Loreto werden tagsüber von Schulklassen belegt, abends trainieren dort die Wassersportvereine, die sich jedoch stark einschränken müssen, da sie die Wasserzeit einigermaßen gerecht verteilen müssen. Und die allgemeine Bevölkerung? Wer unter der Woche in einem der beiden Bäder schwimmen will, muss morgens früh aufstehen und vor Schulbeginn trainieren, aufs Mittagessen verzichten oder an einigen Tagen sich erst nach dem Nachtessen ins Badekleid stürzen. Das genügt nicht. Da auch die Schülerzahlen ständig wachsen, müssen dauernd neue Klassen eröffnet werden. Doch die Kapazitäten in den beiden Schwimmbädern sind ausgereizt.

Die Stadt Zug braucht ein neues Hallenbad, das den ganzen Tag für die gesamte Bevölkerung, Jung und Alt, offen ist. Die Rentner und Rentnerinnen sind uns dabei ein sehr wichtiges Anliegen. Für die Gesundheit im Alter sind Schwimmen und Aquafitness oder andere Wassersportarten essenziell. Das Lättich in Baar bietet leider keine Alternative, da dieses Bad sehr überlastet ist und auch nicht um die Ecke liegt. Dichtstress ist sicherlich nicht das, was man sich von gesundem Sport erhofft. Kurz: Wassersportvereine, Schulen, Familien, Betagte und sonstige Wassersportinteressierte können von einem neuen grossen Hallenbad profitieren.

Dass die Thematik der Energie wichtig ist und moderne Standards für die Nachhaltigkeit beim Neubau gelten sollen, beschreibt der Stadtrat ausführlich – was ganz im Sinne von uns Initianten ist. Wir fordern deshalb bereits jetzt den Stadtrat auf, bei einem zukünftigen Architekturwettbewerb für das neue Hallenbad die Nachhaltigkeit und die energietechnische Innovation speziell hoch zu werten.

Das Hallenbad soll möglichst zentral und mit dem ÖV leicht erreichbar sein. Der Initiativtext nennt bewusst keinen definierten Standort. Die Stadt hat einige freie Parzellen, die sich für ein Hallenbad eignen würden, allerdings auch für Überbauungen mit günstigem Wohnraum. Wir denken da zum Beispiel an das Gaswerkareal, das allerdings natürlich erst in einigen Jahren frei wird. Danke an die SVP für die kreativen Ideen an dieser Stelle. Wir wollen aber bewusst Wohnraum nicht gegen ein Hallenbad ausspielen. Wir denken aber, dass man die beiden Bedürfnisse miteinander verbinden

könnte. Hier sind innovative Ideen gefordert. Wie wäre es zum Beispiel, wenn Wohnungen über oder am Hallenbad gebaut und von der Abwärme des Bades beheizt würden? Interessante Nutzungsideen sind gefragt. Eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden wäre denkbar, vorausgesetzt der Standort bleibt zentral in Zug und möglichst auch auf städtischem Boden.

Der Stadtschreiber ist der Auffassung, dass bei dieser Initiative seitens des GGR nur eine Gültigkeitserklärung zur Abstimmung zulässig sei. Wir sind da anderer rechtlicher Auffassung. Eine Überweisung an den Stadtrat durch den GGR wäre aus unserer Sicht durchaus zulässig, denn der Stadtrat wird ja lediglich zur Planung eines neuen Hallenbades aufgefordert. Eine Planung müsste auch ohne vorgängige Volksabstimmung schon möglich sein. Der Baukredit für ein konkretes Projekt muss dann innerhalb der nächsten fünf Jahre sowieso dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Zwei Abstimmungen für das gleiche Anliegen scheinen uns nicht nötig.

Wir drücken uns aber natürlich nicht vor einer Volksabstimmung, im Gegenteil. Die Notwendigkeit eines neuen Hallenbades scheint uns ausgewiesen, das wird auch eine jetzige Volksabstimmung aufzeigen. Zudem würde die Abstimmung ja zusammen mit der SP-Wohnraum-Initiative am gleichen Tag durchgeführt, was immerhin keine zusätzlichen Kostenfolgen generieren würde.

Daher würden wir uns freuen, wenn Sie die Initiative nicht nur inhaltlich befürworten, sondern sie auch für gültig erklären. Besten Dank.

#### **Esther Ambühl Tarnowski**

Im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Initiativkomitee für die Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug» und dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Erfreut haben wir die Empfehlung zur Annahme der Initiative zur Kenntnis genommen. Auch wir von der SP-Fraktion sind für ein neues Hallenbad, der Bedarf ist für uns hinreichend ausgewiesen.

Zur Standortfrage haben wir noch einige Präzisierungen:

Gemäss Stadtrat könnte auch ein Standort ausserhalb des Stadtgebiets in Frage kommen. Für uns ist ein solcher Standort nicht gänzlich ausgeschlossen, er muss aber zwingend grenznah und von der Stadt aus gut mit Velo und zu Fuss sowie mit dem ÖV erreichbar sein.

Es ist wichtig, dass das neue Hallenbad insbesondere auch die Bedürfnisse der Schulen erfüllt und somit von den Stadtschulen aus gut und schnell erreichbar ist. Genügend Schwimmunterricht ist für eine Gemeinde am See besonders wichtig. Ein Standort auf der Oeschwiese, wie er andernorts zur Sprache gebracht wurde, kommt für uns hingegen nicht in Frage.

Ich weise nochmals darauf hin: Wir empfehlen die Initiative zur Annahme.

#### **David Meyer**

Wir danken den Initianten für den Effort, diese Initiative zustande gebracht zu haben.

Es ist kein Geheimnis, dass die bestehenden Hallenbäder in Zug – das Herti und das Loreto – ihre Kapazitäten erreicht haben. Schliesslich ist Schwimmen nicht nur ein beliebter Freizeitsport, sondern auch ein unverzichtbarer Bestandteil des Lehrplans. So wie es aussieht, können unsere Schulen die Anforderungen des Lehrplans 21 schon bald nicht mehr erfüllen. Daher ist es an der Zeit, dass wir uns in dieser Frage über Wasser halten und ein zusätzliches Hallenbad planen.

Unsere Sportvereine sind ebenfalls auf der Suche nach mehr Platz, um ambitionierte Ziele zu verfolgen und die nächste Generation von Spitzenschwimmern zu fördern. Ein neues Hallenbad würde nicht nur logistische Herausforderungen für Schule und Leistungssport reduzieren, sondern

auch die Möglichkeit bieten, nationale und internationale Wassersportwettbewerbe auszutragen. Da ist es doch nur logisch, dass wir uns gemeinsam ins Becken stürzen, um diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch die Öffentlichkeit würde von einem neuen Hallenbad profitieren, indem sie zu flexibleren Zeiten schwimmen gehen könnte. Wenn man die eingereichten Unterschriften betrachtet, könnte man meinen, dass die Bevölkerung von Zug geradezu nach einem weiteren Hallenbad lechzt. Da möchten wir natürlich nicht im Trockenen sitzen.

Natürlich gibt es auch einige Herausforderungen, die es bei der Planung und Umsetzung eines neuen Hallenbades zu meistern gilt, wie Raumprogramm, Standortwahl, Ökologie und Nachhaltigkeit sowie finanzielle Aspekte. Aber wir sind überzeugt, dass diese Wellen gemeinsam überwunden werden können. Schliesslich sind wir nicht aus Zucker und schmelzen nicht im Wasser.

Letztendlich ist ein neues Hallenbad eine Investition in die Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt. Es entspricht den Zielen der Entwicklungsstrategie der Stadt Zug und den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 der UNO. Daher empfehlen wir, die Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug» anzunehmen.

Wir nehmen den Titel der Initiative sogar sehr genau, der da heisst: «Für ein neues Hallenbad in Zug». Dabei meinen wir nicht irgendwo im Kanton Zug, nicht irgendwo bei den Nachbargemeinden, sondern hier in der Stadt Zug. Mit kurzen Wegen, wie wir es in der Stadt Zug so gerne hochhalten. Das ist das, was wir unterstützen. Lassen Sie uns also die städtischen Ärmel hochkrempeln, ins kühle Nass springen und ein Hallenbad bauen, das den Namen «Stadt Zug» auch verdient. Denn wie sagt man so schön: Wasser marsch.

### **Alexander Eckenstein**

Die FDP-Fraktion erachtet die Volksinitiative für gültig. Sie empfiehlt die Initiative den Stimmberechtigten mehrheitlich zur Annahme.

Als ambitioniert erachten wir die Zeitvorgabe von fünf Jahren, innert welcher der Stadtrat einen Baukredit dem Volk zur Abstimmung vorzulegen hätte.

Wir möchten dem Stadtrat vor diesem Hintergrund nahelegen, nach Annahme der Initiative durch das Volk bei der Evaluation eines idealen Standortes und den Anforderungen an ein neues Hallenbad nicht in Hektik zu verfallen. Über den Standort sollte ein möglichst breiter Konsens bestehen und aufgrund einer sauberen Bedarfsanalyse soll aufgezeigt werden, ob es ein Schwimmbad mit 30 oder 50 Meter Beckenlänge braucht. Es ist unsere Erwartung, dass der Stadtrat den GGR in diese Prozesse weiterhin involvieren wird.

Schliesslich ist auch davor zu warnen, dass infolge Zeitdrucks in Verhandlungen mit allfälligen Nachbargemeinden zu weitgehende Zugeständnisse finanzieller Natur bei Bau und Unterhalt eines gemeinsamen Hallenbades gemacht werden.

Wir als FDP-Fraktion würden uns freuen, dereinst über einen Baukredit befinden zu können, welcher sowohl bezüglich Standort, Ausstattung und Wirtschaftlichkeit eine überzeugende Vorlage bildet.

### **Etienne Schumpf, Stadtrat**

Zuerst einmal vielen Dank für all die Ideen und Inspirationen betreffend Standorte, Dachnutzung und weitere Nutzungen. Ich habe mir das alles genau notiert.

Es wurde jetzt mehrmals erwähnt, ob der Stadtrat es schafft, in diesen fünf Jahren – jawohl, das ist unser Ziel. Wir möchten das in fünf Jahren packen und diesen Objektkredit entsprechend vorlegen und dem die entsprechende Priorität einräumen. Es wurden entsprechende Standorte genannt, vielen Dank für diese Hinweise. Dazu kann man zum Beispiel bereits sagen: Die Schützenmatt-Turnhalle ist denkmalgeschützt, das würde sicher ein sehr schwieriges Unterfangen werden.

Wir freuen uns aber über die wohlwollenden Voten und die Unterstützung. Wir freuen uns auf das weitere Vorgehen.

### **Beratung Beschlussentwurf**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 6 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

### **Abstimmung Nr. 2 (Schlussabstimmung)**

- Für den Beschlussentwurf stimmen 36 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

### **Ergebnis Abstimmung Nr. Z**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

## **Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1764**

### **betreffend Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug»; Gültigerklärung und Abstimmungsempfehlung**

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2796 vom 7. März 2022:

1. Die Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug» wird für gültig erklärt.
2. Die Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug» wird dem Volk zur Urnenabstimmung unterbreitet.
3. Die Volksinitiative «Für ein neues Hallenbad in Zug» wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen.
4. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6. Gegen diesen Beschluss kann
  - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
  - b) gemäss § 17<sup>bis</sup> des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Zug, 21. März 2023

Urnenabstimmung: 18. Juni 2023

## **7. Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung**

### **7.1 Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 25. November 2021 betreffend «Optimierung von Lichtsignalanlagen»**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2781 vom 29. November 2022

#### **Johannes Hegglin**

Stellvertretend für Stefan Hodel darf ich zum Bericht des Stadtrates Stellung nehmen.

Der Anstoss unserer Fraktion, Lichtsignalanlagen mittels neueren technischen Mitteln so zu optimieren, dass es allen Verkehrsteilnehmern Vorteile bringt, wurde aufgenommen. Wir schätzen dies.

Der Beizug von Fachleuten macht in solch komplexen Fragestellungen Sinn. Erste Verbesserungen wurden vorgenommen, weitere werden angestrebt.

Es ist richtig, die Stadt Zug, mit nur gerade neun Anlagen, kann nicht gut mit der Stadt Basel verglichen werden kann. Selbstverständlich muss das Vorgehen der Stadt Zug mit den verantwortlichen kantonalen Stellen abgestimmt werden.

Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und sind einverstanden mit dem Abschreiben der Vorlage.

#### **Dominique Messmer**

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats bezüglich der Optimierung der Lichtsignalanlagen, welche wir zur Kenntnis nehmen und den stadträtlichen Antrag auf Abschreibung unterstützen.

Unserer Meinung nach optimieren die verschiedenen Verkehrsgruppen ihre Wartezeit teilweise sowieso selbst. Konnten wir doch alle schon beobachten, dass Fussgänger, genauso wie Velo- und Autofahrer, ihren Weg auch bei roten oder dunkelgrünen Ampeln fortsetzen.

Und diejenigen, die sich an die Verkehrsregeln halten, tragen durch die Wartezeit an einer Ampel zur Entschleunigung ihres Lebens bei, was in der heutigen Zeit gewünscht ist.

#### **Albina Fässler**

Im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich beim Postulanten für dieses wichtige Postulat, welches den Grossteil unserer Gesellschaft betrifft. Wir bedanken uns auch beim Stadtrat für die Behandlung des Postulates, für welches eine gewissenhafte Prüfung der LSA in der Stadt Zug durchgeführt wurde.

Wir entnehmen dem Bericht des Stadtrates, dass bereits konkrete Veränderungen angestrebt werden und ihm der Langsamverkehr sowie gehbeeinträchtigte Personen und Veloverkehr wichtig sind. Daher sind wir dafür, dass der Stadtrat die technischen Möglichkeiten der LSA-Technik weiterhin verfolgt, damit optimale Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmenden geschaffen werden. Dabei soll der Langsamverkehr bei vom Stadtrat erwähnten Betriebs- und Gestaltungskonzept mit der Gemeinde Baar weiterhin berücksichtigt werden. Damit gewinnt die Stadt Zug und Umgebung an Attraktivität und verbessert die Lebensqualität für alle.

### **Manuela Leemann**

Vielen Dank für diese Motion mit dem Ziel, die Zahl und Länge der Grünphasen für den Fuss- und Veloverkehr zu optimieren und damit die Stadt sicherer und attraktiver zu gestalten.

Für mich war es spannend zu lesen, was für technische Möglichkeiten es heutzutage gibt. Mir leuchtet es aber auch ein, dass eine automatische und frühzeitige Fussgängeranmeldung wie in Basel, die super tönt, bei unseren Lichtsignalanlagen mit Fussgängerfluss in verschiedene Richtungen jedoch kaum sinnvoll umsetzbar sein dürfte.

Als Fussgängerin und Velofahrerin habe ich auf beiden Seiten immer das Gefühl, dass die Rotphasen zu lange sind. Daher ist es für mich klar, dass man nicht allen Verkehrsteilnehmenden gerecht werden kann.

Dennoch habe ich ein Anliegen, das ich hier gerne platzieren möchte. Denn die Lichtsignalanlagen sind ein Thema, das mich schon seit längerem beschäftigt, und ich habe diesbezüglich auch schon mit der Stadtverwaltung telefoniert.

Wöchentlich mehrmals kreuze ich mit meiner Familie die Baarerstrasse zum Metalli. Jedes Mal warten wir gespannt auf die Grünphase und spurten dann fast los. Wir versuchen jeweils, die Strasse während der Grünphase vollständig zu queren, doch es gelingt fast nie. Wir schaffen vielleicht zwei Drittel der Strasse, manchmal auch nur die Hälfte, wenn es noch viele Personen vor uns hat. Und das hat nicht mit meinem Rollstuhl zu tun, ich bin teilmotorisiert und kann recht schnell fahren. Zwischendurch, wenige Male, gab es auch ganz lange Grünphasen, und wir haben uns schon gefreut, dass die Grünphase verlängert wurde. Das war jedoch ein Irrtum, die folgenden Male schafften wir es wieder nicht über die Strasse.

Aus dem Bericht des Stadtrats habe ich nun gelernt, dass die Dauer der Grünphase variieren kann. Wir haben nämlich schon ein wenig an uns selber gezweifelt.

Und ich habe gelernt, dass die Fussgängerinnen und Fussgänger während der Grünphase nur zwei Drittel der Strasse überqueren können müssen. Dafür habe ich durchaus Verständnis. Wenn das Grün schon nach einer Überquerung der Strasse von zwei Dritteln auf Rot stellt, kann man verhindern, dass weiterhin Personen in die Strasse laufen und eine Überquerungsphase umso länger dauert.

Das Problem am Ganzen ist aber, dass in dem Moment, wo die Fussgängerampel auf Rot stellt, die Ampel für die Autos und Motorradfahrer auf Grün wechselt. Das heisst, dass die Fussgängerinnen und Fussgänger mitten in der zweiten Strassenhälfte sind und die Autos schon Grün haben. Und das ist gefährlich. Wenn es dunkel ist und man einen Fussgänger nicht gut sieht, wenn die Autofahrerin oder der Motorradfahrer in Gedanken sind und nur auf die Ampel schauen... dann kann es eben gefährlich werden.

Daher bitte ich den Stadtrat, neben der Anpassung der Grünphasen auch die Abstimmung der Ampeln von Fussgänger- und motorisiertem Verkehr zu prüfen und anzupassen.

### **Barbara Gysel, Stadträtin**

Sie haben gerade vom Lernen von Manuela Leemann gehört. Ich habe selber auch gelernt, wie komplex diese Anlagen eigentlich sind. Und ich würde vorschlagen, dass wir uns bilateral auch mal noch näher austauschen. Ich habe noch eine Idee, wie wir das umsetzen können. Ansonsten danke ich für die positive Aufnahme.

**Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## **7.2 Postulat (Motion) der SVP-Fraktion vom 1. September 2022 betreffend «Entlastung – JETZT – bei den Strom- und Gaspreisen in der Stadt Zug»**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2786 vom 20. Dezember 2022

### **Philip C. Brunner**

Zuerst einmal vielen Dank an das Parlament, eigentlich das alte Parlament, welche diese Vorlage überwiesen hat. Nicht als Motion, sondern als Postulat – aber immerhin haben wir doch jetzt einige sehr interessante Informationen gekriegt. Darunter auch diejenige, die vielleicht dem einen oder anderen noch nicht bekannt war, nämlich die Frage der Konzessionsgebühren, die ja hundertprozentig sind. Das ist bei weitem nicht in allen Zuger Gemeinden der Fall.

Die Konzessionsgebühren, schätzt der Stadtrat, dass da zwischen CHF 2.4 Mio. und CHF 3.2 Mio. jährlich in die Haushalte fliessen.

Dann nochmals die Zusammenstellung, was die Stadt erhält, auf der Basis von 2021: CHF 3.3 Mio. aus den entsprechenden Dividenden, Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen.

Sehr positiv finden wir, dass der Stadtrat uns auf Seite 5 eine mögliche Lösung des Problems, einen Vorschlag unterbreitet. Ich weiss nicht, ob Sie alle das gelesen haben. Der Stadtrat könnte sich nämlich vorstellen, im Rahmen einer allfälligen Überschussverwendung bei der Rechnung 2022 – darauf steuern wir ja hin – einen Fonds zu errichten, der bei einer allfälligen Verschärfung der Situation, nämlich diesen explodierenden Strom- und Gaspreisen, eine gewisse Entlastung anbieten könnte.

Die Stadt Zug könnte also einen Fonds öffnen, einen Betrag gemäss Finanzkompetenzen des GGR an die WWZ bezahlen. Und die WWZ gäbe – diese Beträge würden aufgeteilt bei den definitiven Rechnungen der Konsumenten – den Stadtzuger Strombezügerinnen und Strombezüger dann einen Rabatt auf ihre Rechnung.

Dass der Grosse Gemeinderat dazu gegebener Zeit entscheiden kann, ob er das möchte oder nicht, das begrüssen wir selbstverständlich. Es war ja genau das unser Ziel.

Wir haben diesen Vorstoss am 1. Dezember – das haben Sie gesehen – eingereicht. Und das ist ja auch der Beginn genau der Stromperiode, wo die Strompreise um etwa 36% aufgeschlagen haben, in der Nacht noch viel mehr. Diese Periode geht ja jetzt dann zu Ende. Wenn ich richtig gerechnet habe, wird Ende März abgerechnet und dann werden die Rechnungen verschickt.

Das heisst, diese Strompreiserhöhung trifft jeden Haushalt, trifft jeden KMUler, der in der Grundversorgung ist, voll und ganz. Und deshalb ist das ein erfreulicher Moment, dass wir jetzt kurz vor Ende des Monats, vor dem 31. März, da noch über diese Vorlage diskutieren können.

Die SVP folgt dem Stadtrat, bittet Sie also, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorlage «Entlastung – JETZT – bei den Strom- und Gaspreisen in der Stadt Zug» als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

### **Daniel Marti**

In der GLP-Fraktion haben wir das Postulat der SVP-Fraktion zur Entlastung der Gas- und Strompreise für Endverbraucher eingehend und interessiert diskutiert, kommen aber zum Schluss, dass mit der heutigen Situation auf dem Strom- und Gasmarkt kein unmittelbarer Handlungsbedarf mehr besteht, um Energiepreise mit staatlichen Eingriffen zu senken.

So sind die zum Beispiel die Gaspreise auf dem europäischen Spotmarkt von 30 Rp./kWh im September 2022, also zum Zeitpunkt des Vorstosses der SVP, jetzt auf wieder auf vernünftige 5 Rp./kWh gesunken.

Ähnlich verhält es sich bei den Strompreisen. Im Trend werden sich die Grosshandelspreise in naher Zukunft weiter beruhigen, was dann bedeutet, dass auch die Endkundenpreise nicht unkontrolliert durch die Decke gehen werden.

Wir sind also weit von einer «eat or heat»-Situation entfernt, wie das zum Beispiel in Grossbritannien kurzzeitig bei Gaskunden der Fall war.

Generell sind wir Grünliberalen immer doppelt skeptisch, wenn nach staatlichen Interventionen im Markt gerufen wird. Wie in den meisten Fällen hat auch hier der freie Markt schlussendlich gut funktioniert. Sobald die Energiepreise auf dem Markt stark anstiegen, wurden alternative Versorgungsquellen gefunden. Der Anreiz der hohen Preise hat also gewirkt und auch dazu geführt, dass Energieeffizienz wieder einen anständigen Wert bekommt. Bekanntlich ist ja jede vermiedene Kilowattstunde eine Kilowattstunde, die ich nicht einkaufen muss, und eine Kilowattstunde, die auch keine CO<sub>2</sub>-Emissionen auslöst.

Wenn wir ein paar Jahre zurückschauen, sehen wir, dass das ganze Schlamassel überhaupt erst durch staatliche Interventionen zustande kam. Als Deutschland nach Fukushima überhastet aus der Kernenergie ausstieg, musste schnell für Ersatzkapazität gesorgt werden, was zum Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und dem Bau von Gaskraftwerken führte, was wiederum zur grossen Abhängigkeit von russischem Gas führte und damit das unkontrollierte Ansteigen der Grosshandelspreise für Strom und Gas in 2022 erst richtig ermöglichte.

Ein Paradebeispiel also, wie Staatsinterventionen im Energiemarkt, wie auch immer gut gemeint, zu einem Rattenschwanz von nicht vorgesehenen Konsequenzen führen können. Fangen wir also in Zug nicht auch noch damit an und schreiben wir dieses Postulat, wie vom Stadtrat beantragt, ohne weitere Massnahmen von der Geschäftskontrolle ab. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

### **Delia Meier**

Wir danken dem Stadtrat für seine Antworten.

Die Argumentation, dass Haushalte und Unternehmen, welche unter den höheren Strom- und Gaspreisen leiden, nicht mit den Dividenden aus den WWZ-Aktien unterstützt werden können, weil diese aus verschiedenen Segmenten – nicht nur dem Strom – entstehen, scheint uns plausibel.

Trotzdem ist es wichtig, dass substantiell Betroffene finanziell unterstützt werden. Deswegen begrüsst die Fraktion ALG/CSP den Vorschlag des Stadtrates, dass im Rahmen einer allfälligen Überschussverwendung bei der Rechnung 2022 ein Fonds eingerichtet werden soll, welcher bei einer Verschärfung der Situation eine Entlastung bietet.

Dabei ist es uns ein Anliegen, dass das Geld nicht nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird, sondern diejenigen unterstützt werden, die wesentlich von der Preiserhöhung betroffen sind. Denn ja, auch ein Preisanstieg für einen Durchschnittshaushalt von rund CHF 17.75 im Monat kann für Haushalte mit tiefem Einkommen relevant sein.

### **Ivano De Gobbi**

Vorab: Die SP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis und stimmt zu, das Postulat von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Ob wir im Rahmen der Diskussion der Überschussverwendung darauf zurückkommen werden, zeigt sich dann im Juni im GGR. Wir beziehen aber nochmals klar Stellung, dass hier eine Verteilung nach dem Verursacher-Prinzip und die jeweiligen Strombezügler nicht zielführend ist.

Eigentlich muss die Energieeffizienz gefördert werden, allerdings ist dies auch schwierig und sehr aufwändig zu bestimmen. Sonst kann es nämlich passieren, dass mit finanziellen Mitteln unter Umständen die falschen Unternehmen oder Privatpersonen «belohnt» werden.

Aber wie vorher erwähnt, das wird dann vielleicht die Diskussion im Sommer.

### **Barbara Gisler**

Es gibt Zeiten des Wachstums und Zeiten, in denen der Gürtel enger geschnallt werden muss. Nur, diese Zeiten kennen wir nicht mehr.

Aufgabe der Stadt ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle gute Arbeit leisten können, wie zum Beispiel eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, gute Strassen zu bauen oder für eine gute Ausbildung zu sorgen. Zudem hat der Staat für Menschen in wirklicher Not bewährte Auffangnetze. Es ist deshalb nicht an der Stadt, für sämtliche ökonomische Schwankungen einzutreten und Auffangfonds zu bilden.

Deshalb stellt sich die FDP-Fraktion gegen eine Umverteilung, die Corona-Entlastung soll eine Ausnahme bleiben und nicht zur Regel werden. Entsprechend ist die FDP-Fraktion nicht nur gegen eine Dividendenumverteilung an die WWZ-Kunden, wir sprechen uns auch heute schon gegen die Schaffung des vom Stadtrat empfohlenen Fonds aus.

### **Christoph Iten**

Von diesem Postulat beziehungsweise Motion waren wir bereits bei der Überweisung ziemlich erstaunt. Wohl weniger wegen des Inhaltes, sondern mehr über dessen Absender: Die SVP möchte grossflächig und mit der Giesskanne Subventionen verteilen. Ein Schelm, der denkt, das könnte noch im Zusammenhang mit den letztjährigen Wahlen zu tun gehabt haben.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, das wäre doch eine gute Idee. Schaut man aber genauer hin, merkt man schnell, dass hier ein komplizierter Umverteilungsmechanismus gefordert wird. Das Vorhaben hat diverse Konstruktionsfehler, die auch der Stadtrat in seinem Bericht gut aufgezeigt hat:

Erstens die sachfremde Umverteilung: Rund die Hälfte des Ergebnisses der WWZ-Gruppe wurde durch andere Geschäftsbereiche als Elektrizität erwirtschaftet.

Zweitens haben wir grundsätzliche Fehlanreize: Grosse Stromverbraucher werden belohnt, Sparsame profitieren entsprechend weniger.

Drittens haben wir das Giesskannenprinzip: Wenn die Stadt Unterstützung leisten soll, dann ganz gezielt bei Personen, die finanziell Mühe haben über die Runden zu kommen – und sicher nicht nach dem Giesskannenprinzip.

Und viertens: Es liegt im Grundsatz einer jeden Jahresrechnung, dass die Einnahmen grundsätzlich nicht zweckverwendet werden. Dies fördert nämlich nur ineffiziente Ausgaben. Was mich auch gleich zum Thema Fonds bringt.

Mit dem Coronafonds ist der Stadtrat anscheinend auf den Geschmack von Fonds-Lösungen gekommen. Den Vorschlag des ehemaligen Vorstehers des Finanzdepartements soll der Stadtrat aber bitte schleunigst wieder verwerfen. Ich habe hier auch schon erwähnt: Es ist erwiesen, dass zweckgebundene Fonds ineffiziente Verwendung von öffentlichen Geldern fördern. Wir hoffen, der neue Finanzvorsteher hört gut zu: Die Mitte-Fraktion will keine neuen Fonds.

Zusammenfassend: Dieses Postulat darf man wohl getrost als Wahlkampf-Aktion abtun und gemeinsam mit der stadträtlichen Fonds-Idee wieder in der Schublade verschwinden lassen.

Mit diesem Hinweis nimmt die Mitte-Fraktion Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

### **Philip C. Brunner**

Das war jetzt eine interessante Diskussion. Der 10-Millionen-Coronafonds, der über mehr als zwei Jahre lang in mehreren Etappen Gelder ausbezahlt, soll ein einmaliges Ding sein nach gewissen Votanten.

Ich bin der Meinung, das war eine sehr gute Idee damals. Wir haben das anlässlich der Rechnungsdebatte im Juni 2020 beschlossen. Und ohne diesen Fonds hätten verschiedene Geschäfte in Zug grosse Mühe bekundet, diese Pandemie zu überstehen. Und wenn ich an die Kultur denke, vor allem auch an unsere Kulturinstitutionen, die mit der Stadt partnerschaftlich verbunden sind, dann muss ich sagen, die waren ebenfalls sehr dankbar.

Wir haben ja jetzt diesen Coronafonds geschlossen. Wenn es mir recht ist, sind am Schluss – André Wicki kann mich korrigieren – ungefähr CHF 3.3 Mio. zurückgeflossen in die Stadtrechnung.

Wenn ich also den Ausführungen von Kollege Daniel Marti zuhöre: Ja, du hast recht, der globale Markt hat sich etwas beruhigt. Aber der lokale Markt ist genau gleich. Und wir haben ja in unserer Vorlage diesen Link angegeben zur Preistabelle für 2023. Und der Grund, warum die Preise in der Stadt nicht sinken werden, liegt darin begründet, dass die WWZ grosse Mengen an Strom sehr teuer einkaufen musste und zu den alten verkaufen muss. Ein paar Jahre lang werden wir auf diesen 38.6% höheren Preisen verbleiben. Der Nachtтарif hat sich verdoppelt und liegt über 70%.

Wenn also das keine Preiserhöhungen sind, die unsere Bevölkerung hier beschäftigen, dann weiss ich nicht, was es ist.

Uns wird das Giesskannenprinzip vorgeworfen. Ja, das können wir alles regeln. Wir können eine Höhe festlegen und sagen, okay, jede Stromrechnung, die unter einem gewissen Betrag ist, wird unterstützt und alle Beträge über einem gewissen Schnitt werden nicht unterstützt. Das liegt absolut in Ihrer Hand, das festzulegen. Und dann kann man dem Anliegen von linker Seite entsprechend Rechnung tragen, das betrifft die Leute, die zwar vielleicht kleine Stromrechnungen haben, aber nominal sehr betroffen sind von all diesen Steuererhöhungen. Und es ist ja hier jetzt diskutiert worden: Wir reden vom Strom und vom Gas. Ja, meine Damen und Herren, von der linken Seite hören wir, es gehen die Mieten rauf. Das ist ja das Wahlkampfthema beispielsweise der SP, die sagt, die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Und sie haben natürlich nicht unrecht. Das kann man ja auch statistisch, prozentual nachweisen. Wir haben diesen Vorschlag hier nur an einem Ort gemacht.

Sie verteufeln uns jetzt sozusagen, wir hätten für den Wahlkampf die Lokomotive eingespannt mit diesem Vorstoss. Wer etwas vom Wahlkampf versteht, der weiss, dass ein Postulat, das am 1. September eingereicht worden ist, wahrscheinlich nicht die Wahlen entscheiden wird. Das wissen Sie auch. Die sind jetzt vorbei, die wurden am 2. Oktober abgeschlossen. Ich meine sogar, die Stimmcouverts waren am 1. September zumindest bereits auf dem Weg in die Haushalte. Das war also nicht Grund für den Vorstoss. Nein, die Ursache unseres Vorstosses war wirklich diese Preiserhöhung. Ich habe das ein paar Tage vorher erfahren, dass diese Preiserhöhung kommt, dann haben wir die abgewartet und haben dann entsprechend diese entsprechenden Preistabellen heruntergeladen, um das aufzuzeigen. Nein, ich finde, man macht jetzt sowohl dem Stadtrat wie auch uns Vorwürfe, die irgendwo so ein bisschen ideologisch begründet sind.

Wenn das alles so schlimm wäre, hätten wir die Konzessionsabgaben auch nicht auf 100 % beziehungsweise null Franken heruntergenommen. Dann hätten wir das machen können, was die anderen Gemeinden auch machen, nämlich 50 % oder teilweise 25 % immer noch in die Staatskasse laufen lassen.

Dann komme ich zurück zur Diskussion mit dem Aktienkauf. Sie können sich erinnern an die Diskussionen – zweimal fünf Millionen, die wir gekauft haben. Wir haben unseren Einfluss nicht zuletzt deshalb vergrössert, weil wir gesagt haben, das ist jetzt eine wichtige Commodity, die jeden Haushalt betrifft, die jedes KMU betrifft und die die ganze Wirtschaft betrifft. Und des halb haben wir etwas mehr als 20 % in dieser WWZ. Das ist doch der Hintergrund.

Irgendwo soll ja der Steuerzahler – und das ist ja auch unsere Begründung – etwas davon haben. Dass CHF 3.3 Mio. an Dividenden jetzt noch in die Stadtkasse fliessen ist ja möglicherweise schön. Wir könnten ja zukünftig UBS-Aktien kaufen, nicht? Und dann mit UBS-Aktien ein bisschen spekulieren, da würde auch noch ein bisschen Geld in die Staatskasse fliessen. Nein, hier ist ein Bereich festgelegt: Energie, Energieversorgung, Strom, Gas. Und dort wollen wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen Vorteil bieten. Ich bin da komplett ideologiefrei – um das jetzt mal auszuführen. Und uns da jetzt vorzuwerfen, wir hätten da irgendwo die Taktik geändert und nur Wahlkampf gemacht, weise ich entschieden zurück.

#### **André Wicki, Stadtpräsident**

Vielen Dank für Ihre Rückmeldungen. Ja, die Zeiten sind sehr volatil. Da muss ich Sie nicht an den Sonntag erinnern, sondern da gibt es in den letzten zwei, drei Jahren auch sonstige Punkte, die in einer normalen Welt eigentlich gar nicht geschehen dürften.

Der Stadtrat ist ganz klar gegen staatliche Unterstützung. Wir hatten Ausnahmesituationen. Und heute ging es ja nur darum, mit der Postulatsbeantwortung mal die Temperatur zu fühlen bei Ihnen. Wir haben in einer Kann-Formulierung gesagt: Wir könnten uns vorstellen, wenn sich die Situation verschärft. Und unter diesem Aspekt möchte der Gesamtstadtrat die Situation auch so belassen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie es morgen und übermorgen aussieht. Ich hoffe, dass sich das Ganze nach und nach mehr beruhigt.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

**7.3 Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. August 2022 betreffend «Warum hat der Stadtrat den GGR erneut umgangen und sich selber eine weitere ‹gebundene Ausgabe› in beträchtlicher Höhe für die Stadtschulen bewilligt? Wird aktiv auf das bewährte ‹Zugermodule› gesetzt oder wurden die Pavillons extern teuer zugemietet?»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2787 vom 20. Dezember 2022

**Philip C. Brunner**

Wir bedanken uns für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen.

Wir haben ja in unserem damaligen Vorstoss auf der Seite 2 einen früheren Kostenvoranschlag aus dem Jahr 2011 abgebildet. Dort lagen die Kosten für diese vier Pavillons im Letzi, Riedmatt, Herti und Oberwil zwischen CHF 1.8 Mio. und CHF 2.8 Mio.

Und wenn man dann sieht, dass wir für diesen Kostenvoranschlag Lüssiweg, der uns ja am Schluss nicht gehören wird, CHF 3.8 Mio. ausgeben, da haben sich bei uns Fragen aufgemacht.

Es ist klar, wir sind der Meinung, dass es richtig ist, dass der Stadtrat aufgrund dieser Schulraumplanung möglichst Schulraum schafft, wo immer möglich.

Vielleicht kann nachher die Bauchefin dazu noch Ausführungen machen, wie weit man mit diesem Thema ist. Meine letzte Information ist, dass schwierige Einsprachen verschiedene Projekte der Stadt zumindest bremsen und verzögern. Und das ist natürlich überhaupt nicht in unserem Sinn.

Uns ging es vor allem um die Frage: Eigentum oder Miete? Und um die entsprechenden Fragen der finanziellen Belastung. In diesem Sinne nochmals besten Dank. Diese Vorlage wurde ja auch im Zusammenhang mit der Frage der gebundenen Ausgaben, die im August nach Publikation der Hertivorlage aufgetaucht sind – das war quasi noch ein zweiter Schritt in dieser Fragestellung.

In diesem Sinne besten Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

**Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin**

Geschätzter Philip, vielen Dank für deine grundsätzlich positive Kenntnisnahme.

Gerne kann ich noch etwas sagen zum Provisorium Lüssiweg, wo wir jetzt stehen. Es ist tatsächlich so, nach wie vor ist das Provisorium durch Einsprachen belegt.

Der Stadtrat hat jetzt allerdings gehandelt:

Aufgrund der Dringlichkeit des Schulraums, den wir benötigen, hat der Stadtrat bei Erteilung der Baubewilligung allfälligen Beschwerden die aufschiebende Wirkung entzogen. Die Beschwerdeführenden bestreiten die Dringlichkeit und haben den Entzug der aufschiebenden Wirkung beim Regierungsrat jetzt angefochten. Dieser – und das ist jetzt ganz aktuell – wird nun sehr rasch beurteilen, ob der Stadtrat die aufschiebende Wirkung der Beschwerde zu Recht entzogen hat. Wenn der Regierungsrat den stadträtlichen Entscheid stützt, kann der Pavillon bestenfalls dann in den nächsten Wochen erstellt werden und wäre, wenn alles gut läuft, nach den Sommerferien dann auch tatsächlich bezugsbereit.

Das ist das eine. Wir hoffen wirklich, dass wir hier vorwärtsmachen können, weil wir den Schulraum einfach benötigen. Es gibt jetzt auch keinen Plan B mehr, wir haben keine Ausweichmöglichkeit.

Die gute Nachricht auf der anderen Seite ist aber Guthirt II, die geplante Schulanlage im Quartier Guthirt, die wir erstellen wollen und müssen. Da werden wir am 3. Mai anlässlich einer Medienkonferenz informieren können über den Standort und das geplante Raumprogramm. Dort geht es also vorwärts. Als Nächstes werden wir dann wieder auf den GGR zukommen für den Wettbewerbskredit.

### **Martin Iten**

Wir danken der SVP für den Vorstoss und dem Stadtrat für die aufschlussreiche Beantwortung. Uns leuchten die Argumente und Herleitungen durchaus ein. Die Schulraumknappheit ist insbesondere im Guthirt-Quartier akut. Mit Zwischenlösungen versucht man Abhilfe zu schaffen, mit dem Errichten von Modulen auf dem Areal Lüssiweg liegt eine konkrete Zwischenlösung vor, die allerdings – wie wir jetzt ausgeführt bekommen haben – aufgrund von Einsprachen weiterhin hängig ist. Die «Zuger Module» sind aus Gründen der unklaren zukünftigen Verwertbarkeit wenig geeignet und gar kostenintensiver als die zugemieteten externen Module.

Die SVP schießt sich aktuell, nicht nur in diesem Vorstoss, auf die Praxis der gebundenen Ausgaben ein und sieht dabei offenbar direktdemokratische Defizite – oder zumindest der GPK-Präsident scheint damit Mühe zu haben, dass es rechtmässige Ausnahmen gibt, die keine Involvierung der Legislative vorsehen.

Uns ist es klar, dass es hier durchaus Fälle im Grenzbereich der Handhabungsmöglichkeiten geben kann, und wir glauben auch, dass solche Fälle im Zweifelsfall zwingend den nötigen politischen Prozessen zugeordnet werden müssen. Im hier vorliegenden Geschäft sehen wir die Rechtslage aber deutlich dahingehend gegeben, dass der Stadtrat, gestützt vom Regierungsrat, angemessen handelte – und somit die Bewilligung als gebundene Ausgabe aufgrund der fehlenden Handlungsfreiheit und der ausgewiesenen Dringlichkeit korrekt war.

Es gilt in der Sache besonders die Bemühungen des Bildungsdepartementes und der betreffenden Lehrpersonen sowie auch der Schülerinnen und Schüler zu würdigen, die mit diesen aktuell sehr engen räumlichen Verhältnissen kreativ umgehen und im Schulalltag so weit improvisieren, wie es nur geht. Dass inzwischen alle Möglichkeiten ausgereizt wurden, ist offensichtlich.

Wir freuen uns, dass der Stadtrat bald am 3. Mai weiter über Guthirt II informieren wird, und sind sehr gespannt, was da auf uns zukommen wird, und hoffen, dass es schnell und rasch vorwärtsght.

Im Sinne einer Motivation wünschen wir allen Verantwortlichen eine glückliche und vor allem schnelle Hand – und nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

### **David Meyer**

Man glaubt es fast nicht. Die Credit Suisse hat den Uetlihof, in dem sie 6000 Arbeitsplätze hat und wo sie Hallen voll kritischer IT stehen hat, nur gemietet. Damit trickste die CS gesetzliche Eigenkapitalbestimmungen aus.

Es war zwar legal, aber nicht dem Sinn der Vorschriften zur Stabilität entsprechend und so alles andere wie vertrauenswürdig.

Der Stadtrat gibt mit seiner Antwort bekannt, dass er Schulhäuser, also kritische Pflichtbauten unserer Stadt, auch nur mietet. Wie die CS.

Die Miete liegt in dem einen Fall mit CHF 8 Mio. zwar weit über der Grenze der CHF 5 Mio., bei welcher das Geschäft vor das Volk hätte gehen müssen. Der Stadtrat liess sich seinen «Miet-Schlung» im Nachgang jedoch vom Kanton absegnen.

Denn bei Mietausgaben gilt offenbar: «Der Entscheid, ob eine neue oder eine gebundene Ausgabe vorliege, ist in der Kompetenz des Stadtrats und dieser kann alle gebundenen Ausgaben unabhängig von deren Höhe beschliessen.»

Damit ist § 26 des Finanzhaushaltgesetzes ausgehöhlt, quasi tot. Wie bei der Miete der CS und dem Uetlihof. Aber wen interessiert's? – hat sich die CS übrigens auch gesagt.

Mit dem Freipass des Kantons kann der Stadtrat nun alle Schulhäuser, statt bauen, einfach mieten. Egal in welcher Preisklasse, er hat die Kompetenz dazu vom Kanton bekommen. Er kann sie auf städtischem Grundstück von Dritten bauen lassen und sie dann zurückmieten.

Das muss nie vor's Volk. Es muss auch nie ins Parlament.

Ich weiss nicht, wie lange Sie, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, brauchen, bis Sie aufgewacht sind.

Aber vielleicht geht's etwas schneller, wenn ich es Ihnen nun sage: Sie sind als Parlamentarier überflüssig geworden. Der Stadtrat erachtet Sie offenbar als négligeable.

Und das ist nicht hypothetisch oder abstrus. Es ist bereits geschehen. Letzten Sommer mit dem Stadtratsbeschluss zum Herti.

Nicht nur ein bisschen etwas überzogen, sondern gleich mal über CHF 35 Mio. für Miet-Neubau und Umnutzungen war das. Dann kam ein Rückzieher und schlussendlich sind's noch CHF 8 Mio. geworden. Ab CHF 5 Mio. wären Sie eigentlich gefragt gewesen, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Und auch das Volk.

Wer bezahlt eigentlich bei der CS am Schluss die Misere? Die Eigentümer und die Steuerzahler. Und wie ist es hier bei uns? Sie sind sich bestimmt bewusst, dass wir bei städtischer Schulinfrastruktur gleich beides sind: Eigentümer und Steuerzahler.

Die Auslegung des Finanzhaushaltgesetzes durch den Stadtrat und die versuchte Umgehung des Volks und des Parlaments halte ich für politisch destruktiv.

### **Ivano De Gobbi**

Wir von der SP-Fraktion danken der Interpellantin für die Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Die Antworten auf die Fragen 1 und 2 erscheinen uns schlüssig.

In der Zwischenzeit wurde auch die Interpellation von Philip C. Brunner im Kantonsrat betreffend «Was ist die Bedeutung und die Grösse von «gebundenen Ausgaben» in den Gemeinden und im Kanton Zug?» vom Regierungsrat beantwortet.

Die eigentliche Problematik dieser Interpellation zeigt sich in der Frage 3 und deren Beantwortung. Einmal mehr zeigt sich hier, dass die Schulraumplanung der realen Entwicklung der Schülerzahlen massiv hinterherhinkt.

Die Raumsituation im Guthirt ist schon über einen längeren Zeitraum unhaltbar. Da hilft es wenig, dass der Stadtrat darauf hinweist, dass bei Bauvorhaben grundsätzlich immer mit Verzögerungen gerechnet werden muss.

Die zugerischen Lösungen mit den Containern, wie sie in fast allen Schulhäusern anzutreffen sind, sind eine Zumutung für die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler. Vor allem wenn man bedenkt, dass diese Container für mehr als fünf Jahre genutzt werden.

Wichtig ist, dass der Stadtrat vorwärtsmacht mit der Planung eines zweiten Schulhauses im Guthirt-Quartier.

Der Plan B mit der Umnutzung der Bibliothek und dem Einquartieren der Kindergartenklassen ist kein Plan B, sondern eine, aus unserer Sicht, schlechte und ungenügende Notlösung, welche zudem nur kurzfristig taugt angesichts der schnell wachsenden Schülerzahlen. Zudem wurde die DaZ-Klasse nach Oberwil ausgelagert, was nun wirklich nicht gerade am Weg liegt.

Es ist genau, wie der Stadtrat schreibt: «Mit diesen vorübergehenden Massnahmen kann der Schulbetrieb aufrechterhalten werden.» Es darf aber nichts passieren, dass dieses Kartenhaus zusammenfällt.

Wir danken den Lehrkräften, welche diese Herausforderungen täglich meistern und versuchen, im Guthirt und den anderen Schulhäusern das Beste aus der Situation zu machen.

Wir attestieren dem Stadtrat, dass er vorwärtsmacht und die Schulraumplanung vorantreibt. Es gilt gerade jetzt, den Schwung aus den gewonnenen Abstimmungen bezüglich dem Schulhaus Herti mitzunehmen und bei der Schulraumplanung zügig vorwärtszumachen. Die Bevölkerung hat erkannt, dass wir in der Stadt bezüglich der Schulraumplanung einen enormen Nachholbedarf haben.

### **Alexander Kyburz**

Wir sind erfreut, zu lesen, dass der Stadtrat seine Aufgaben wahrnimmt und beim Guthirtschulhaus den Betrieb sicherstellt. Das Erstellen von genügend Schulraum ist eine der zentralen Aufgaben für unsere Verwaltung. Sich wiederholende Vorstösse im GGR helfen dem Stadtrat nicht, genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen.

Das Erfüllen des Bildungsauftrages ist eine zwingende Aufgabe und die entsprechenden Ausgaben dafür sind gebunden. Dies hat auch der Regierungsrat bestätigt.

Die Stadt muss die entsprechenden Container mieten. Dass sie dabei wirtschaftlich vorgeht, freut die FDP-Fraktion. Bei zwingenden Staatsaufgaben und gebundenen Ausgaben sollten wir dem Stadtrat vertrauen. Der Entscheid des Regierungsrats hilft uns dabei.

Wer immer das Haar in der Suppe sucht, hat eine sehr pessimistische Lebenseinstellung. Dazu trägt der Stadtrat nicht im Ansatz bei.

### **Philip C. Brunner**

Ich will die Debatte nicht künstlich verlängern, aber ich habe eine sehr optimistische Einstellung. Aber wir haben eine Aufgabe, das möchte ich auch der FDP-Fraktion sagen. Unsere Aufgabe ist, ein Gegengewicht zu den Damen und Herren hier zu bilden, bei aller Sympathie für den neuen Stadtrat und bei aller Sympathie, dass dieser Stadtrat sich sehr bemüht – und zwar alle –, an einem Strick zu ziehen.

Diese Mankos bestehen in Bezug auf den Schulraum, die man den früheren Stadträten – und das sage ich ganz offen – vorwerfen muss. Es ist jahrelang leider in diesem Gebiet eine eigentliche Blockade gewesen, die jetzt unsere Kinder, Schülerinnen und Schüler, ausbaden dürfen.

Also ich bin absolut positiv, dass der Stadtrat – und zwar begonnen mit der initiativen Bauchefin und dem neuen Schulpräsidenten – bei diesen Problemen vorwärtsmacht.

Aber es gibt noch ein kleines Problem. Das kleine Problem liegt in der Liquidität dieser Stadt. Und die macht uns Sorgen. Ja, die macht uns Sorgen, weil die Stadt ist nicht so liquid, wie Sie vielleicht jetzt das Gefühl haben. Auch wenn gute Ergebnisse möglicherweise in den nächsten Tagen bekannt werden sollten, müssen wir uns auch einmal ein bisschen die Finanzierung anschauen, wie das ist. Da muss ich sagen, bin ich etwas realistisch. Und noch einmal: Wenn sie für CHF 65 Mio. Cash auf den Tisch legen müssen, um den Zurlaubenhof zu kaufen, dann ist das eben ein Unterschied, ob sie ein Bauprojekt haben, dass sie alle paar Monate entsprechend finanziell alimentieren und wo sie einen laufenden Mitteleinsatz haben oder sich mit den Unternehmen absprechen können, wann sie zahlen. Da gibt es Experten, die davon mehr verstehen. Aber ich sage Ihnen: Wir können uns nicht ganz leisten. Auch wenn wir jetzt vielleicht von einem schönen Hallenbad träumen, das in ein paar Jahren dann Realität wird. Ich bin absolut dafür, Sie haben mein Votum gehört. Aber die Realitäten in dieser Stadt sind realistisch einzuschätzen. Und ich meine, was in den letzten Tagen auf dem Bankenplatz abgelaufen ist...

**Ratspräsident Roman Burkard** bittet **Philip C. Brunner**, beim Thema zu bleiben. Das Thema sei nicht der Bankenplatz.

#### **Philip C. Brunner**

Das Thema ist Schulraum und Finanzierung. Es gibt wirtschaftliche Zusammenhänge. Und wenn der Bankenplatz in Zürich wankt, dann werden wir in Zug – Ding. Unser Problem war vor ein paar Jahren, vor zwölf Jahren – da waren Sie, Herr Präsident, noch nicht in diesem Rat –, dass die finanzielle Situation dieser Stadt völlig unterschätzt wurde. Jahrelang hat man mit beiden Händen Geld ausgegeben und plötzlich haben wir Bleistifte gezählt, um zu sparen.

Ich habe nur darauf hingewiesen, dass die Pläne, die der Stadtrat hat, durchaus realistisch in Ordnung sind. Ich bin auch nicht gegen diese Ausbaupläne im Guthirt. Aber sie müssen irgendwie bezahlt werden. Und das muss finanzierbar sein.

Und entschuldigen Sie, dass die Debatte damit verlängert wird, aber das ist ein wichtiges Thema. Vor allem wenn man hingehet und – wie wir jetzt gesehen haben – im Göbli für CHF 3.8 Mio. eine Ausgabe macht, die in ein paar Jahren null ist. Wir werden noch Kosten haben, das Ganze wieder abzurechnen. Und das war unsere Ausgangslage

Ich finde es der Debattenkultur in diesem Hause nicht abwegig, wenn man ein bisschen die grossen Zusammenhänge sieht und nicht nur kurzfristig einfach: hier, mach, mach, mach. Wir haben ja für alles Geld, für die Energieförderung und so weiter. Nein, diese Sachen, die in die Schule gesteckt werden, sollen doch bitte entsprechend nachhaltig sein. Vielleicht kann der Finanzchef dazu dann noch Ausführungen machen.

**Ratspräsident Roman Burkard** führt bezüglich Länge der Debatte aus, dass er heute nichts mehr vorhabe und die Ratsmitglieder noch bis abends um zwölf miteinander reden könnten.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

#### **7.4 Interpellation der Mitte-Fraktion vom 26. November 2022 betreffend «Wohin geht die Reise mit der Beteiligung an der WWZ AG?»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2785 vom 6. Dezember 2022

##### **Christoph Iten**

Wir schauen normalerweise darauf, dass wir die Stimmen in der Fraktion etwas verteilen. Heute ist uns das nicht so ganz gelungen. Sie verzeihen mir das, jetzt müssen Sie mir halt etwas häufiger zuhören.

Wir danken für die Beantwortung der Fragen. Einige denken vielleicht, die Interpellation sei etwas kleinlich – das ist mir durchaus bewusst. Aber: Wir haben damit dem Stadtrat einen Ball zugeworfen – und er hat nicht mal versucht, ihn zu fangen.

Er hätte seine strategischen Absichten bezüglich WWZ äussern können, stattdessen hat er sich auf die formale Beantwortung der Fragen konzentriert.

Es geht hier aber um viel mehr als um 20 % oder 23 % Beteiligung. Wenn wir hier im Rat jedes Mal über ein bisschen Nachhaltigkeit da und etwas mehr Dämmung dort diskutieren, ist das schön. Aber: Die Beteiligung an der WWZ ist ein ungleich grösserer Hebel. Diverse Vorstösse zu Circulago und Strompreisen etc. zeigen dies exemplarisch auf.

Unser Ziel ist nicht, dass der Stadtrat die WWZ verstaatlichen soll – wie uns das der eine oder die andere vielleicht unterstellen oder auch noch unterstellen werden. Aber wir wollen, dass der Stadtrat hier einmal klar Stellung bezieht und endlich aus seiner Deckung von wegen «grösster Einzelaktionär» kommt. Das ist keine Strategie. Das ist unserer Meinung nach eine Ausrede, dass man sich nicht exponieren muss.

Wo will man mittel- und langfristig hin mit dieser Beteiligung an der WWZ?

Wir warten jetzt zwar die erwähnte Anpassung bezüglich Höhe der Beteiligung ab, erwarten daraus aber keine grosse Überraschung oder ein klares Statement seitens Stadtrat.

Für die Mitte-Fraktion ist klar: Das Thema Beteiligung an der WWZ bleibt vorderhand auf unserer Agenda – «grösster Einzelaktionär» ist für uns keine zufriedenstellende Strategie.

Der Stadtrat hat unsere Fragen beantwortet. Wir nehmen diese zur Kenntnis. Spätestens beim nächsten Aktienpaket tut der Stadtrat aber gut daran, eine Beteiligungsstrategie mit Hand und Fuss vorzulegen.

##### **André Wicki, Stadtpräsident**

Geschätzter Christoph, ich weiss nicht, ob du mal Fussball gespielt hast. Ich war da nicht Goalie, aber ich war vorne links. Ich habe das als Querpass aufgefasst und gebe dir den Ball entsprechend wieder zurück.

Die Eignerstrategie wurde im Jahre 2015 entsprechend erstellt. Das ist eine Strategie, dazu stehen wir. Wir haben aber auch geschrieben, dass wir diese Eignerstrategie überarbeiten werden. Und selbstverständlich weiss das die WWZ auch.

Die Situation hat sich verändert, besonders in den letzten drei Jahren. Und entsprechend muss die Strategie angepasst werden, auch was die Beteiligung betrifft. Ich hoffe, ich habe so den Ball wieder zurückgespielt.

### **Dagmar Amrein**

Die Fraktion ALG-CSP dankt der Mitte-Fraktion für die Interpellation und dem Stadtrat für deren Beantwortung.

Der geschichtliche Rückblick ist interessant. Man erfährt darin, dass schon 1878 ein Konzessionsvertrag mit der Vorgängergesellschaft der WWZ gemacht wurde, um zuerst die Wasserversorgung, bald darauf auch die Versorgung mit Gas und Elektrizität sicherzustellen. Die Stadt Zug war damals arm und nicht in der Lage, die nötigen Investitionen zu tätigen, um die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas selber zu sichern.

Der Stadtrat findet das Outsourcing gut, da die Stadt sonst das ganze unternehmerische Risiko tragen, grosse Investitionen tätigen und – inzwischen – 500 Mitarbeitende selber beschäftigen müsste.

Andererseits findet der Stadtrat es auch wichtig, dass die Stadt die grösste Einzelaktionärin der WWZ ist und bleibt und zwei Verwaltungsratssitze hat. Seit 1982 hat die Stadt immer wieder mal eine kleinere Anzahl von Aktien dazugekauft, der grösste Zukauf fand im letzten Jahr statt.

Die existierende Eignerstrategie stammt aus dem Jahre 2015 und äussert sich nur dazu, welche Ziele mit der bestehenden Beteiligung verfolgt werden soll. Der Stadtrat verspricht, die Eignerstrategie hinsichtlich dem Aktienanteil nun zu überarbeiten.

So ist die eigentliche Frage «Wohin geht die Reise mit der Beteiligung an der WWZ?» also noch nicht beantwortet. Wir verstehen, dass eine solche Überarbeitung etwas mehr Zeit in Anspruch nimmt – es handelt sich hierbei ja auch um eine sehr politische und wichtige Frage.

Wir möchten die Gelegenheit gerne nutzen, dem Stadtrat an dieser Stelle unsere Ansicht über dieses Thema mitzugeben. Wir sind der Meinung, die Stadt Zug müsste ihr Mitspracherecht bei der WWZ massiv stärken. Wie man gerade im letzten Jahr gesehen hat, sind wir durch die Abhängigkeit von Strom, Gas, Wasser sehr verwundbar. Die Stadt muss bei strategischen Entscheiden der WWZ, welche einen grossen Einfluss auf Mensch, Umwelt und das Klima haben und bei der Preisentwicklung von Strom, Gas und Wasser mitsteuern, wenn nicht sogar bestimmen können. Eine solch bedeutende Infrastruktur gehört unter öffentliche und demokratische Kontrolle. Da reichen uns zwei von neun Verwaltungsratssitzen und ein Aktienkapital von gerade mal knapp 24 % nicht aus. Ziel der neuen Eignerstrategie sollte sein, dass die öffentliche Hand im Besitz der Aktienmehrheit ist.

Es ist uns bewusst, dass dabei nebst der Stadt Zug viele andere Gemeinden involviert sind. Wollen diese anderen Gemeinden nicht mitziehen beim Zukauf von Aktien, wäre das für uns Stadtzuger aber auch okay. Wir hätten dann auch ihnen gegenüber eine noch stärkere Position – zum Beispiel, wenn wir wieder einmal über die Verteilung der Zentrumslasten diskutieren.

So sind wir gespannt auf die angekündigte überarbeitete Eignerstrategie und hoffen, dass der GGR bei dieser dann ein Wörtchen mitzureden hat.

### **Daniel Marti**

Vielen Dank an die Fraktion Die Mitte für die interessanten und wichtigen Fragen zur Eignerstrategie der Stadt Zug im Zusammenhang mit der Beteiligung an der WWZ. Vielen Dank auch an den Stadtrat für die aufschlussreichen Antworten und auch für das implizite Anerkennen, dass die bisherige Eignerstrategie aus dem Jahre 2015, im Hinblick auf die gestellten Fragen und heutigen Herausforderungen, nicht mehr ausreicht und entsprechend angepasst werden sollte.

Was uns in der grünliberalen Fraktion natürlich interessiert, ist, wie die Umwelt-, Energie- und Klimaziele, die ja integraler Bestandteil der Eignerstrategie sind, von der Stadt mit der Beteiligung bei der WWZ erreicht werden und ob und wie diese Ziele im Rahmen der Revision der Eignerstrategie allenfalls auch revidiert und erweitert werden.

Wir anerkennen, dass mit dem Umstellen auf Wasserstrom als Standardprodukt, dem Projekt Circulago und der Ökologisierung des Wärmeverbunds Altstadt die WWZ, dank der Unterstützung und dem Einfluss der Stadt, bereits grosse Schritte in Richtung CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung gemacht hat. Wir sehen aber immer noch ein grosses Verbesserungspotenzial bei der Bereitschaft der WWZ, mit innovativen Lösungen Hand zu bieten in Gebieten, wo zum Beispiel Wärmepumpen oder Fernwärme nicht zum Zug kommen. Wie wir bereits wissen, ist das zum Beispiel Zug Süd, dort könnte man vielleicht mit Contracting-Lösungen für Nahwärmeverbünde mit erneuerbarer Energie aushelfen.

In dem Sinne nehmen wir die Interpellationsantwort zur Kenntnis und ermutigen den Stadtrat, seinen Einfluss bei der WWZ zur Erreichung der Umwelt-, Energie- und Klimaziele noch vermehrt geltend zu machen.

#### **Alex Odermatt**

Die SVP-Fraktion dankt dem Interpellanten, der Mitte-Fraktion, für die Einreichung und dem Stadtrat für die gute und rasche Beantwortung.

Die Antworten des Stadtrats waren sehr umfangreich und sehr detailliert. Über das Thema Aktien haben wir am 27. September 2022 debattiert. Dabei haben wir den Stadtrat ermächtigt, Aktien der WWZ im Gegenwert von CHF 10 Mio. zu erwerben. Das wurde so in diesem Parlament beschlossen. Diese Interpellation hat keine neuen Informationen und Erkenntnisse gebracht.

In diesem Sinne nehmen wir als Fraktion die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis und bedanken uns dafür.

#### **Werner Hauser**

Es ist völlig korrekt, wenn man einen Aktienkauf von CHF 10 Mio. hinterfragt und diesbezüglich eine Interpellation einreicht.

Wie wir nun aber aus der Antwort des Stadtrates und dem beigefügten Strategiepapier entnehmen können, wurden die Fragen des Interpellanten sehr gut beantwortet.

Der Kauf der Aktien hat nebst einem wegweisenden auch einen symbolischen Charakter. Mit dem Kauf der Aktien zeigen wir unsere Verbundenheit sowie ein absolutes Vertrauen in die Wasserwerke Zug.

Es handelt sich hier nicht um irgendeine börsenkotierte Unternehmung, sondern um die Wasserwerke Zug, welche für uns systemrelevant ist und unsere Grundversorgung in den Bereichen Wasser, Elektrizität, Gas und Telekommunikation gewährleistet.

Somit kann ich die WWZ-Strategie des Stadtrates nur unterstreichen und befürworten und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**André Wicki, Stadtpräsident**

Vielen Dank für Ihre Feedbacks. Das eine habe ich schon ausgeführt.

Ich möchte einfach sagen, dass der Stadtrat sich auch in der Vergangenheit sehr stark eingebracht hat. Circulago ist das beste Beispiel, da kam die Initiative von der Stadt Zug.

Wenn Sie vielleicht schon vom Wärmeverbund Energia gehört haben, das wird auch von der WWZ vorangetrieben, das ist die Kehrlichtverbrennungsanlage in Perlen. Da wird der Endausbau 43 Kilometer sein mit dem Ziel, 12'000 Tonnen CO<sub>2</sub> entsprechen einzusparen.

Ich glaube, es läuft einiges. Und ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Sie können sich auf den Geschäftsbericht der WWZ freuen.

Und Dagmar, ich weiss nicht, wann die Stadt Zug das nächste Mal ein Angebot bekommt, noch mehr Aktien zu kaufen, aber wir werden es auf jeden Fall prüfen.

**Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **7.5 Postulat der Mitte-Fraktion vom 14. Dezember 2021 betreffend «Unterstützender Berichtsdienst für städtische Kommissionen»**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2788 vom 17. Januar 2023

### **Christoph Iten**

Ich habe Sie gewarnt, ich bin nochmals hier, aber für heute voraussichtlich das letzte Mal.

Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung des Postulates und sind froh, dass dies sowohl gemäss Aussagen des Stadtrats als auch der aktuellen Kommissionspräsidenten gut funktioniert.

Ich möchte nochmals kurz die Motivation für dieses Postulat erläutern: Wir sind der Überzeugung, dass eine Kommissionspräsidentin, ein Kommissionspräsident seine Zeit und Ressourcen für die tiefgründige Vorbereitung der Geschäfte und eine effektive und effiziente Sitzungsleitung und -organisation einsetzen sollte. Und nicht, dass er oder sie ein Drittel seiner Ressourcen für's Berichteschreiben braucht.

Nun funktioniert dies gemäss Aussage der Stadt als auch der aktuellen Kommissionspräsidenten grundsätzlich gut. Das nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Insofern wollen wir auch nicht städtische Institutionen oder Stellen aufbauen, wenn es das so nicht braucht. So akzeptieren wir selbstverständlich die Aussagen der Stadt und vor allem der aktuellen Kommissionspräsidenten.

Ich muss Ihnen nicht erklären – bei der Ausarbeitung von Prozessen ist es aber eminent wichtig, dass man eine personenunabhängige Beurteilung vornimmt. Die aktuell gut funktionierenden Lösungen wurden mitunter auch durch die aktuellen Präsidenten auf individueller Basis erarbeitet und haben sich erst über die Zeit so etabliert. Und es wird eine Zeit nach Richi Rüegg – und vermutlich auch nach Philip Brunner geben. Da darf es nicht sein, dass sich die neuen Präsidenten wieder umständlich individuelle Lösungen mit der Stadt erarbeiten müssen. Sie sollen von Anfang an wissen, was möglich ist und auf welche Ressourcen sie zugreifen können. Es wird dann die gleiche Ausgangslage sein wie für nichtständige Kommissionen – bei welchen der Stadtrat ja auch ein gewisses Verbesserungspotenzial verortet hat.

Der Stadtrat äussert zudem gewisse Bedenken bezüglich Gewaltentrennung, wenn der Bericht durch die Verwaltung erstellt wird. Durch die finale Freigabe durch die Kommissionspräsidenten ist diese jedoch stets ohne Zweifel sichergestellt. Auch die Stadträte müssen vor dem GGR ihre Berichte vertreten, ohne dass sie diese selbst geschrieben hätten – oder komplett selbst geschrieben hätten. Wenn der Bericht nicht passt, falsche Gewichtung von Argumenten oder was auch immer enthält, wird er halt nochmals zur Überarbeitung zurückgeschickt. Das funktioniert tipp topp.

Und zum Schluss möchte ich noch folgendes Vorurteil aus dem Weg räumen:

Ich habe bereits einige Male Aussagen gehört im Stil von «Der lässt seine Berichte ja sowieso durch die Stadt schreiben». Da meine ich: Ja, hoffentlich auch – genau so soll es ja sein.

Zusammenfassend: Wir nehmen zur Kenntnis, dass es aktuell gut funktioniert. Wir wollen keine neue Institution oder Stelle für diesen Berichtsdienst. Wir wollen aber eine klare und proaktive Kommunikation seitens der Stadt gegenüber den Präsidenten: Wo, wie und welche Ressourcen stehen zur Verfügung. Insbesondere wenn Personen die Präsidentenrolle neu übernehmen.

Wenn wir mit diesem Vorstoss den Weg geebnet haben, dass künftig vermehrt und ohne schlechtes Gewissen auf diese Ressourcen der Stadt zurückgegriffen wird, dann haben wir bereits einen wesentlichen Teil unseres Ziels erreicht.

Mit den gemachten Hinweisen stimmt die Mitte-Fraktion für Kenntnisnahme und Abschreibung des Vorstosses.

### **Gregor R. Bruhin**

Als ich damals den Vorstoss gelesen habe, habe ich mich ein bisschen gefragt, was jetzt hier das Problem sein soll. Er wurde in Kombination mit einem anderen Vorstoss eingegeben, den wir auch noch besprechen heute, wo man dann vom Strand aus abstimmen können soll in Zukunft oder sonst irgendwo von der Pause. Wahrscheinlich waren diese zwei Vorstösse eine Kombination.

Aber man muss festhalten: Wir haben null Probleme in diesem Bereich. Und wenn man vielleicht vorher kurz nachgefragt hätte bei den eigenen Leuten oder bei den Kommissionspräsidenten, hätte man sicher auch festgestellt, dass man kein Problem hat.

Ich war acht Jahre Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und durfte beobachten, wie der Präsident, seit ich dort dabei war – ich glaube, vorher schon –, von der Verwaltung unterstützt wurde. Er hat sich das aber auch selber eingerichtet. Er hat die Möglichkeiten, die in der Geschäftsordnung gegeben sind, entsprechend genutzt, dass jemand beigezogen werden konnte, der diese Berichte schreibt. Und das geht auch für die anderen Kommissionen. Ich kann auch selbst sagen, ich habe eine Spezialkommission präsiert und hatte null Probleme, die entsprechenden Ressourcen zu bekommen, auch um den Bericht zu schreiben, oder zumindest das Grundgerüst dazu.

Wie gesagt: Die Geschäftsordnung gibt diese Möglichkeit. Das hat sie auch schon in der Vergangenheit entsprechend gegeben. Man muss einfach die Geschäftsordnung lesen, dann weiss man auch als neuer Präsident einer Kommission, dass man sich diese Ressourcen entsprechend beiziehen kann.

Und manchmal, wenn ich hier den Diskussionen im Rat zuhöre, macht es vielleicht allgemein mal Sinn, die Geschäftsordnung wieder durchzulesen, dann würden sich ganz viele Fragen in Zukunft klären.

### **Philip C. Brunner**

Ich äussere mich mit dem Hut des GPK-Präsidenten. Ich möchte der Fraktion der Mitte danken für diesen Vorstoss. Ich finde, es ist wichtig, dass diese Themen abgehandelt wurden.

Und ich möchte, das ist eigentlich mein Hauptargument, danke sagen, insbesondere dem Team um Stadtrat Urs Raschle, früher André Wicki, noch früher Karl Kobelt – insbesondere dem Finanzsekretär und seinen Mitarbeiterinnen, die sehr viel und sehr gute Arbeit leisten aus meiner Sicht und mich wirklich sehr unterstützt haben.

Ich bin nicht ganz einverstanden mit der Aussage, es komme dann darauf an, dass der neue Präsident, den es sicher irgendwann mal geben wird – sei es in der BPK oder in der GPK –, dass der Mühe haben werde. Ich habe eher den Eindruck – und das wäre ein bisschen mein Appell an den Stadtrat, dass er sich personell rechtzeitig umschaue bezüglich der Ablösung des Finanzsekretärs. Es können ja auch Leute Stellenangebote erhalten, qualifizierte Leute sind gesucht. In wenigen Monaten kann man nicht eine Kapazität aufbauen.

Ich persönlich hätte kein Problem, wenn in diesem Team im Departement der Finanzen weitere Ressourcen aufgebaut würden – im Sinne, dass wir dann einmal am Tag X bereitstehen. Ich erinnere daran, dass eine Mitarbeiterin, die jetzt in diesem Team ist, vorher bei der Stadtkanzlei angestellt war, dort erste Schritte gemacht hat in der Verwaltung und dann nachgezogen werden konnte aus dem eigenen Personalteam. Das macht mir eigentlich mehr Sorgen, als wer dann aus diesem Rat diese Präsidien antritt und unterstützt wird. Ich glaube, der wird mit den Voraussetzungen gut zurechtkommen, aber es muss natürlich Qualität geliefert werden.

Als ich vor über zwölf Jahren begann, waren diese Qualifikationen nicht da. Ich hatte ständig E-Mail-Verkehr mit den Mitarbeitern von Andreas Rupp, weil eben die Qualität nicht da war, so wie ich sie mir vorgestellt habe. Und das ist heute definitiv, seit ein paar Jahren, nicht mehr der Fall. Aber das könnte morgen natürlich mit entsprechenden personellen Wechslen durchaus eintreten.

Das wäre also mein Dank an die Mitarbeiter. Und ganz speziell natürlich, weil er hier im Rat anwesend ist, auch an Markus Grüter, der die Protokolle schreibt und – wie ich heute zu Beginn ausgeführt habe – eine sehr gute Arbeit leistet. Und diese Protokolle sind eigentlich auch Grundlage für die entsprechenden Berichte, die wir Ihnen vorlegen dürfen zu den verschiedenen Themen. Das sind teilweise, vor allem bei Ganztagesessungen zur Rechnung und zum Budget, ansprechende Volumen von über dreissig Seiten, die da jeweils zusammenkommen, selbst wenn die Diskussion relativ knapp gehalten wird, so wie wir das zumindest in der früheren Zusammensetzung machen konnten. Herzlichen Dank nochmal.

#### **André Wicki, Stadtpräsident**

Besten Dank für Ihre Feedbacks. Ich glaube, es ist auch zur richtigen Zeit die Antwort, es hat viele neue Damen und Herren Mitglieder und die Kommissionen haben ja eine vorberatende Arbeit zuhanden von Ihnen, dem GGR, zu tun. Deshalb ist es auch wichtig, dass sie nicht nur gut besetzt und geführt, sondern auch gut unterstützt werden.

Es ist natürlich auch für uns Damen und Herren Stadträte sehr, sehr wichtig, dass wir in den Kommissionen mal spüren können, wie die Projekte ankommen oder auch nicht.

Wie gesagt, es läuft momentan gut. Und du hast recht, Philip, wir müssen vorausschauen. Wir haben ein sehr gutes Team, sei das der Stadtschreiber und sein Team, aber auch in der Unterstützung seitens Baudepartement und Finanzdepartement. Und ich glaube, da werden wir auch gut für die Zukunft gewappnet sein.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## **7.6 Postulat M. Leemann, die Mitte, und K. Umbach, FDP, vom 14. Mai 2022 betreffend Ersatzlösung bei Mutterschaft, Krankheit oder längerer beruflicher Abwesenheit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2790 vom 24. Januar 2023

### **Manuela Leemann**

Vielen Dank für die Antwort. Gleich einleitend hält der Stadtrat fest, dass er nicht über den dazu notwendigen Stab verfüge, um dem GGR die gewünschte Auslegeordnung zu Ersatzlösungen bei Abwesenheiten vorzulegen. Dies hat mich ein bisschen geärgert. Wir brauchen doch keinen wissenschaftlichen Bericht, sondern wir möchten die verschiedenen Möglichkeiten sowie Vor- und Nachteile dazu erhalten, um uns ein Bild zu machen und eine Meinung bilden zu können. Wir haben im Vorstoss extra betont, dass uns eine pragmatische Ausgestaltung wichtig ist, und das gilt auch für die Vorarbeiten. Wir verweisen im Vorstoss auch explizit auf andere Kantone und Gemeinden und wir hätten daher erwartet, dass eine gewisse Recherchearbeit gemacht wird und uns unter anderem vorgestellt wird, wie das in anderen Kantonen oder Gemeinden umgesetzt wird.

Mit kurzem googlen stösst man auf einen Artikel, der aufzeigt, dass zum Beispiel ein Stellvertretungssystem alles andere als neu ist: Graubünden und Wallis seit dem 19. Jahrhundert, Liechtenstein seit 1939, Jura 1977, Neuenburg 2000, Genf 2012 und letztes Jahr hat der Kanton Aargau ein Stellvertretungssystem eingeführt.

Man hätte in diesen Kantonen ohne riesigen Aufwand einmal nachfragen können, wie das so funktioniert und wie sich die Systeme unterscheiden. Und dazu braucht man weder einen Politik- noch sonstigen Wissenschaftler.

Vielleicht haben wir den Stadtrat mit unserem offenen Vorstoss etwas überfordert. Mit unserem offenen Vorstoss wollten wir der Stadt die Möglichkeit geben, auch neuere und innovativere Modelle zu prüfen. Wir waren der Ansicht, dass unsere Stadt immer wieder gerne auch einmal Vorreiterin ist und gerade auch technologisch Neues umsetzen möchte. In diesem Fall scheint dies aber nicht der Fall zu sein.

Nun denn, eine kleine Auslegeordnung hat der Stadtrat dann ja doch noch gemacht und ich möchte kurz darauf eingehen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Schaffung einer Ersatzlösung sinnvoll ist, den heutigen Lebensumständen entspricht und eben auch Chancen bietet. Auch wenn ein solcher Fall nicht jeden Monat vorkommen wird, so ist er für die Betroffenen eben doch sehr relevant, wenn er vorkommt. Und die Ersatzlösung soll vor allem da gelten, wo man eben nicht selber wählen kann, ob man anwesend sein will oder nicht. Der Stadtrat erwähnt die Mutterschaft. Die Mutterschaft ist durchaus ein Grund für eine solche Ersatzlösung. Motivation für den Vorstoss waren aber nicht einmal primär die Mutterschaft, sondern eben auch Corona und länger dauernde Krankheiten. Alles ist in der letzten Legislatur vorgekommen.

Eine Ersatzlösung bringt auch demokratisch legitimiertere Ergebnisse. Sie mögen sich sicher an die Sitzung im Januar erinnern:

- Abstimmung Nr. 6: 16:18, 1 Enthaltung; das war knapp, danach wurde es aber noch konkreter...
- Abstimmung Nr. 14: 18:18, Stichentscheid Präsident
- Abstimmung Nr. 26: 17:17, Stichentscheid Präsident
- Abstimmung Nr. 28: 17:17, Stichentscheid Präsident

Sie sehen es, eine Stimme kann einen Unterschied machen. Und alle der aufgeführten Ersatzlösungen hätten – je nach Stichentscheid des Präsidenten – zu einem demokratisch legitimeren Ergebnis geführt, als wie wir es jetzt haben.

Eine Ersatzlösung soll meines Erachtens aber auch weitere Chancen ermöglichen. Und jetzt komme ich zu den Modellen. Dabei möchte ich zwei Situationen unterscheiden:

1. Die GGR-Sitzungen
2. Die Kommissionssitzungen

Während es mit einer virtuellen Teilnahme am Parlamentsbetrieb kaum möglich sein wird, mitzudiskutieren, sollte dies in Kommissionssitzungen problemlos möglich sein. In der Arbeitswelt sind hybride Sitzungen gang und gäbe. Und in Kommissionen ist es für eine Ersatzperson nicht so einfach, der Thematik zu folgen. Daher fände ich es interessant, zu wissen, was es für Vorkehrungen braucht, dass in Ausnahmefällen eine virtuelle Teilnahme an Kommissionssitzungen möglich ist.

Wie ich letzte Woche erfahren habe, ist an Kommissionssitzungen des Kantonsrats eine Online-Teilnahme möglich. Warum dies zu Corona-Zeiten in den Kommissionen des GGR nicht möglich war, ist mir daher unklar.

Für den Ratsbetrieb erscheint mir diese Lösung hingegen nicht weiterverfolgungswürdig. Und zwar nicht nur wegen dem fehlenden Mitdiskutieren, sondern auch weil ich der technischen Umsetzung nicht vollends vertraue. Schon einige Male funktionierte unsere Übertragung nicht, was dann natürlich nicht passieren dürfte.

Für eine Ersatzlösung an GGR-Sitzungen sehe ich grosse Chancen in den Varianten 3 und 4, das heisst mit Ersatzleuten. So würde eine Ersatzperson die Gelegenheit erhalten, einmal Parlamentsluft zu schnuppern. Das kann auch für einige unserer Kandidierenden, die trotz grossem Einsatz dann doch nicht gewählt werden, ein Zückerchen sein. Auf den Aufbau eines separaten Systems von Ersatzleuten würde ich verzichten, sondern nicht gewählte Kandidierende auf Zeit nachrücken lassen, ganz im Sinne einer pragmatischen Umsetzung. Weshalb dies – wie der Stadtrat ausführt – dem Repräsentationsprinzip ungenügend Rechnung tragen soll, leuchtet mir nicht ein. Wenn die nicht anwesende Person anstatt zu fehlen zurücktreten würde, würde nämlich genau die Ersatzperson nachrücken. Dieses Modell wird nun übrigens im Kanton Aargau umgesetzt, es ist ein einfaches und pragmatisches System.

Gestützt auf diese Überlegungen komme ich zu folgendem Schluss:

Anstatt nun eine Spezialkommission zu beauftragen, verschiedene Varianten zu prüfen, würde ich das Geschäft gerne dem Stadtrat zurückgeben, damit dieser nun die Rechercharbeiten macht, die wir schon erwartet hätten. Wie im Postulat gefordert, soll er dem GGR einen Vorschlag für eine Ersatzlösung vorlegen.

Damit er dies nun umsetzen kann, soll er auf bestehende Modelle zurückgreifen, die pragmatisch umsetzbar sind.

Konkret lautet der Antrag folgendermassen:

Das Geschäft wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Parlament einen Vorschlag für eine Ersatzlösung vorzulegen, der pragmatisch ist. Dazu hat er folgende Fragen zu beantworten:

- Was für Systeme an Stellvertretungslösungen in Parlamenten gibt es in anderen Kantonen/Gemeinden, insbesondere auch Kanton Aargau?

- Was sind die Erfahrungen anderer Kantone/Gemeinden, das heisst, in welchen Fällen kam es zur Anwendung, Vorteile, Nachteile, Chancen, Risiken?
- Wie könnte eine Stellvertretungslösung im GGR der Stadt Zug aussehen?
- Wie kann eine solche Stellvertretungslösung in der Stadt Zug umgesetzt werden?

Zudem soll der Stadtrat in Bezug auf Kommissionssitzungen aufzeigen,

- ob eine virtuelle Teilnahme an Kommissionssitzungen möglich ist;
- was für organisatorische und gesetzliche Anpassungen es braucht, damit eine virtuelle Teilnahme an Kommissionssitzungen möglich ist;
- Vorteile, Nachteile, Chancen und Risiken einer solchen Umsetzung.

Also kurz zusammengefasst: Es ist eigentlich die im Postulat geforderte Recherchearbeit bezogen auf das Modell der Ersatzleute.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag folgen.

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass es sich beim Rückweisungsantrag gemäss GSO § 55 um einen Ordnungsantrag handelt, über den sofort abgestimmt werden muss.

#### **Gregor R. Bruhin**

Wir lehnen diesen Rückweisungsantrag ab. Und zwar haben wir uns schon im Vorfeld gefragt, warum eigentlich der Stadtrat für dieses Thema zuständig ist. Es geht hier um die Organisation des Parlaments, um uns. Ich finde, es ist nicht angemessen, dass wir dem Stadtrat sagen, er muss uns jetzt vorschlagen und abklären, wie wir Stellvertreterlösungen und was auch immer zu organisieren haben. Wir machen unsere Tätigkeit aufgrund der Geschäftsordnung. Da kann man einen Vorstoss machen, dass man diese revidieren will. Dann befasst sich das Büro GGR damit oder eine andere Kommission, im Endeffekt ganz sicher das Büro GGR und dann wir hier im Rat. Das ist nicht Sache des Stadtrates. Ich finde es nett, dass der Stadtrat das beantwortet hat und hier ausführliche Abwägungen gemacht hat. Aber das ist der falsche Adressat. Und wir versteifen das nur noch weiter, wenn wir das wieder dem Stadtrat zurückschicken. Er ist für das nicht zuständig, er hat eine eigene Geschäftsordnung, eine eigene Organisation, nämlich jene der Verwaltung und der Exekutive. Das geht uns nichts an. Und das Umgekehrte geht den Stadtrat nichts an.

#### **Michèle Willimann**

Ich spreche ebenfalls zum Rückweisungsantrag. Vielen Dank für dieses wichtige Postulat. Es ist sehr schade, dass der Stadtrat in der Beantwortung nicht konkreter wird. Das Thema wird mehr oder weniger ab- oder nach hinten geschoben, so als hätte die Thematik keine Dringlichkeit und Priorität. Wir sehen am Beispiel von anderen Kantonen und Städten, dass es sinnvolle Lösungen gibt. Dass es dabei einige Hürden zu bewältigen gibt, auch Absprachen mit dem Kanton, versteht sich von selbst. Es braucht immer auch einen Willen, eine Veränderung zu erreichen. Bei dieser Thematik ist es höchste Zeit.

Wir haben von zahlreichen anderen Vorstössen bereits viele Analysen zu sehen bekommen. Weshalb jetzt genau bei dieser Thematik der Stadtverwaltung die Kompetenzen und Ressourcen für eine saubere Auslegeordnung fehlen, klingt für uns nicht nach einer plausiblen Begründung, sondern mehr nach einer Ausrede.

Wir unterstützen den Rückweisungsantrag der Postulantin, denn auch wir wollen zuerst einmal eine Analyse der Situation und damit eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Es kann sicherlich nicht sein, dass ein Ratsmitglied längere Ferien macht und dabei trotzdem abstimmen darf. Es gibt aber sehr gute Gründe wie Mutterschaft, Krankheit oder Unfall, welche eine Teilnahme an Sitzungen verhindert. Wir unterstützen dabei eine pragmatische Lösung, wie es beispielsweise der Kanton Aargau vormacht, wie wir gehört haben.

Wir haben es an der vorletzten Sitzung gesehen, jede Stimme zählt.

Die Probleme des Mutterschaftsurlaubs können wir sicherlich nicht lösen, aber es gibt auch da gute Ersatzlösungen, wie man die politische Zusammensetzung auch während dieser Zeit gewährleisten kann.

Es ist mehr als an der Zeit, dass wir in der Stadt eine sinnvolle und zeitgemässe Lösung haben. Deshalb möchten auch wir die Vorlage zurück an den Stadtrat schicken. Wir wollen nicht bloss ein Abschieben, sondern eine gute Auslegeordnung.

Auch die Fragen zur Kommissionsarbeit, welche die Postulantin zuvor gestellt hat, unterstützen wir. Sollte der Rückweisungsantrag nicht durchkommen, möchten wir bereits ankünden, dass wir die Einführung einer Spezialkommission unterstützen würden. Wir müssen in dieser Thematik vorwärtsmachen und einen Schritt weiterkommen. Besten Dank für die Unterstützung.

#### **Esther Ambühl Tarnowski**

Die Fraktion der SP unterstützt den Ordnungsantrag von Manuela Leemann. Auch wir finden, es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass hier eine Lösung gefunden wird.

Es ist wichtig, dass wir wirklich einen schnellen Weg gehen und dass es nicht dann wieder Jahre dauert, bis wir hier zu einer Lösung kommen.

#### **André Wicki, Stadtpräsident**

Besten Dank für Ihre Voten. Wir haben ja mögliche fünf Lösungsansätze aufgezeigt und kommen aber klar zum Schluss, dass eine Veränderung des Parlamentsbetriebs diesen stark verändern würden, was als nicht wünschenswert angesehen werden kann. Entweder widersprechen sie den fünf Prinzipien oder es müsste eine kantonale Rechtsgrundlage geschaffen werden oder sie widersprechen dem kantonalen Abstimmungsgesetz.

Das Ganze ist komplex. Wir haben uns da wirklich sehr Mühe gegeben und ich habe mich da auch sehr stark informiert diesbezüglich bei und mit Martin Würmli. Deswegen haben wir auch da wiederum den Ball dem GGR zugespielt. Wenn der GGR wünscht, das weiter zu vertiefen, dann empfehlen wir eine Spezialkommission.

#### **Abstimmung Nr. 3**

- Für den Antrag von Manuela Leemann auf Rückweisung stimmen 17 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag von Manuela Leemann auf Rückweisung stimmen 20 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 3**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Rückweisung abgelehnt hat.

#### **Esther Ambühl Tarnowski**

Wie wir gehört und gelesen haben, zeigt der Stadtrat einige mögliche Ansätze auf, wie in Ausnahmefällen die Parlamentsmitglieder ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben können, ohne direkt anwesend zu sein. Wir sehen, anders als der Stadtrat, hier durchaus Realisierungschancen. Daher

begrüssen wir, dass die Thematik vertieft wird. Und wenn es nicht durch den Stadtrat ist, dann durch eine Spezialkommission oder durch das Büro GGR, für uns sind beide Lösungen möglich. Dass es Möglichkeiten gibt, haben wir bereits gehört. Es gibt noch weitere. Es gibt auch Möglichkeiten, die mutterschaftskompatibel sind. Das hat zum Beispiel Basel aufgezeigt. Es ist wichtig, dass dies nun so vertieft wird, damit wir auch für Zug eine gute Lösung haben.

Wir sind aber der Ansicht, dass der Ratsbetrieb grundsätzlich im Ratssaal stattfinden soll. Aber wie so oft sollen auch hier Ausnahmen die Regel bestätigen. Die Ausnahmen sind aus unserer Sicht restriktiv zu handhaben. Wir können uns nicht vorstellen, dass von einem Urlaubsstrand aus aktiv an der Ratsdebatte teilgenommen wird. Dass aber eine Mutter im Mutterschaftsurlaub ihr vom Volk aufgetragenes Stimm- und Wahlrecht verwehrt wird, ist für uns im Jahr 2023 nicht mehr haltbar. Kürzlich hatte ich eine Diskussion mit jüngeren Arbeitskolleginnen und -kollegen. Sie konnten das fast nicht glauben, als ich das ihnen erzählt habe.

Welche Ausnahmetatbestände neben dem Mutterschaftsurlaub noch möglich sein sollen, ist im Rahmen der weiteren Vertiefungen noch abzuklären. Für uns sind somit beide Lösungen möglich, eine Spezialkommission oder auch eine über das Büro GGR. Es ist aber wichtig, dass die Diskussion weitergeht und eine Lösung gefunden wird.

#### **Nina Koller**

Auf den ersten Blick hätte ich einer GGR-internen Problembhebung gerne zugestimmt. Jedoch sind mir nach genauerem Betrachten der Umstände einige Punkte aufgefallen, welche auf städtischer Ebene so nicht zur Diskussion stehen.

Aufgrund diverser Prinzipien ist das Finden eines konformen Lösungsansatzes in diesem Rahmen noch kaum möglich. Erfreulicherweise wird aber die Komplexität der Angelegenheit auf Bundes- sowie kantonaler Ebene diskutiert und eine Lösung ist in Erarbeitung. Infolgedessen macht es Sinn, das besprochene Problem synchron mit der Entscheidung des Bundes zu beheben.

Die GLP-Fraktion nimmt also den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis und schliesst sich dem Antrag an, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

#### **Dominique Messmer**

Wir danken dem Stadtrat für die getätigten Abklärungen betreffend das Postulat.

Der vorliegende Bericht zeigt deutlich auf, dass Aufwand und Notwendigkeit in keinem Verhältnis zueinander stehen. Das häufigste Fehlen im GGR ist vermutlich auf Kurzkrankheiten oder Terminkollisionen zwischen Beruf, Ferien und GGR zurückzuführen. Für diese Absenzen braucht es weder Stellvertreterlösungen noch virtuelle Liveübertragungen. Das GGR-Mitglied fehlt in der Sitzung und gut ist.

Bei einem längeren Fehlen im GGR infolge beruflicher Abwesenheit ist es nicht Aufgabe der Stadt Zug, Lösungen zu bieten. Da muss jede und jeder für sich selber entscheiden: Berufliche Karriere oder politische Aktivität. Rücktritt aus dem GGR oder halt an zwei oder drei Sitzungen nicht teilnehmen.

Und für die wirklich seltenen Fälle, in denen jemand aus gesundheitlichen Gründen längere Zeit im Rat fehlt, lohnt sich der vom Stadtrat aufgezeigte Aufwand schlichtweg nicht.

Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht und Antrag des Stadtrates zur Kenntnis. Einen allfälligen Antrag auf eine Spezialkommission wird die SVP-Fraktion nicht unterstützen und würde diesen ablehnen.

### **André Bliggenstorfer**

Das Postulat behandelt zwei Thematiken, die aus meiner Sicht getrennt behandelt werden müssen.

Das erste ist die Ersatzlösung bei Abwesenheiten im Parlament aus verschiedensten Gründen. Auch wenn ich persönlich noch nicht lange im GGR bin, ist mir die Wichtigkeit der persönlichen Teilnahme an den Sitzungen und den damit verbundenen Debatten sehr bewusst. Die Diskussionen im Rat führen zur Erweiterung der eigenen Ansicht und fliessen in die Meinungsbildung ein. Daher bin ich klar gegen eine Vertreterlösung oder eine vorgängige Abgabe der Stimme – ganz von den Konflikten mit den gesetzlichen Vorgaben abgesehen, die aus der Antwort des Stadtrats hervorgehen.

Auch die virtuelle Teilnahme an den Ratssitzungen kann die physische Anwesenheit nicht ersetzen. Wir alle haben wohl spätestens während der Coronapandemie erfahren, dass bei virtuellen Sitzungen mit grossen Teilnehmerzahlen oder bei hybridem Set-up Diskussionen oft nicht in der gleichen Qualität und Intensität geführt werden können.

Selbstverständlich sind einzelne Abwesenheiten in einem Milizsystem nicht komplett zu verhindern. Ich bin jedoch der Meinung, dass man sich mit der Annahme eines politischen Amtes dazu verpflichtet, dieses umfassend auszuüben und entsprechend auch längere geschäftsbedingte Abwesenheiten oder Auslandssemester ausschliessen kann. Bei kurzfristigen Planänderungen mit Ortswechsel soll man konsequent sein und seinen Platz bis zum Ende der Legislatur zur Verfügung stellen. Für die nächste Legislatur, falls man zurück nach Zug kommt, kann immer noch kandidieren. Nichtsdestotrotz sollte die Möglichkeit einer virtuellen Teilnahme in klar definierten Situationen wie beispielsweise der ersten Zeit der Mutterschaft oder Abwesenheiten aufgrund Krankheit oder eines Unfalls, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, weiter geprüft werden.

Zum zweiten Thema, dem Verlust der Mutterschaftsentschädigung bei der Ausübung von parlamentarischen Tätigkeiten, möchte ich sagen, dass das bereits auf Bundesebene behandelt wird. Das ist unumstritten ein guter Vorstoss, den es zu unterstützen gilt. Jedoch bin ich der Meinung, dass dieses Privileg nicht nur den Politikerinnen vorbehalten bleiben soll. So ist es im Vorstoss auf Bundesebene geschrieben. Nein, auch andere Mütter sollten die Möglichkeit haben, während des Mutterschutzes gewisse Tätigkeiten auszuüben – wie beispielsweise Auftritte für Künstlerinnen oder Teilnahmen an Verwaltungsratssitzungen. Wir hoffen sehr, dass solche Punkte bei einer allfälligen Gesetzesänderung berücksichtigt werden.

Wir nehmen den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis und sind für die Abschreibung des Postulats aus der Geschäftskontrolle.

### **Michèle Willmann**

Mir ist jetzt nicht ganz klar, ob wir schon definitiv über die Spezialkommission abstimmen werden. Falls nicht, stelle ich den Antrag, dass wir darüber abstimmen.

Aus meiner Sicht wird das Ganze jetzt teilweise ein bisschen ins Lächerliche gezogen. Wir reden hier nicht von den Ferien oder drei Wochen Aufenthalt beruflicher Natur, sondern es sind begründete Ausnahmefälle. Und für diese braucht es unbedingt eine Ersatzlösung. Dies zum einen aus Gründen der Gleichberechtigung, aber auch zur Sicherstellung der vom Volk gewählten Zusammensetzung dieses Rates.

Ich bin selbst bald betroffen. Und finde es wirklich sehr speziell, dass man während des Mutterschaftsurlaubs drei Monate überhaupt nicht teilnehmen kann. Wir haben sehr wichtige

Sitzungen, auch in der Kommission. Ich verstehe, dass da Problem nationaler Art ist bei der Mutterschaft. Aber eben, es gibt pragmatische Lösungen für Ersatzleute, die dann nachrutschen können. Die können dann auch schon erste Erfahrungen sammeln.

Ich finde, wir müssen da unbedingt einen Schritt weiterkommen. Das jetzt einfach abzuschieben, dass dann irgendwann national oder kantonal eine neue Lösung kommt, ist für mich nicht zielführend und überhaupt sehr mutlos.

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass ein Antrag auf Einsetzung einer Spezialkommission vorliegt.

#### **Abstimmung Nr. 4**

- Für den Antrag von Michèle Willimann auf Einsetzung einer Spezialkommission stimmen  
14 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag von Michèle Willimann auf Einsetzung einer Spezialkommission stimmen  
23 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 4**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Einsetzung einer Spezialkommission abgelehnt hat.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## **7.7 Interpellation der SVP-Fraktion vom 29. November 2022 betreffend «Und wo bleibt jetzt das Stadtwappen im Logo?»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2789 vom 24. Januar 2023

### **Philip C. Brunner**

Als wir die Antwort des Stadtrates vom 24. Januar erhalten haben, waren wir sehr enttäuscht. Der Stadtrat handelt dieses Thema auf etwas mehr als zwei Seiten ab. Und wir haben uns wirklich gefragt – vom alten Stadtrat hätte ich das wahrscheinlich erwartet, der hat dieses Logo ja entsprechend eingeführt, aber vom neuen Stadtrat finde ich das geradezu peinlich.

Glücklicherweise haben wir vor ein paar Tagen – Sie haben das erhalten – eine andere Antwort gekriegt, nämlich zu unserem Postulat zur Ehrung städtischer Sportler. Etwa so stellen wir uns eine Antwort vor. Offenbar ist in diesem Fall der Stadtrat wirklich in die Tiefe gegangen, hat das Problem angenommen. Er hat zwar dazu einige Zeit gebraucht, aber das ist ja auch im Zusammenhang mit dem Wechsel im Stadtrat zu sehen. Wir sind sehr froh – das möchte ich jetzt schon ankündigen – über diese Antwort.

Doch zurück zum Logo. Sie kennen eigentlich die Geschichte. Wir haben ungefähr vor 20 Jahren eine Initiative gestartet seitens der SVP. Dort ging es um – ich nenne es mal – den schwarzen Balken, den sie alle kennen. Und dort ist unsere Initiative zur Beibehaltung des damaligen früheren Logos knapp an der Urne gescheitert, relativ knapp mit ungefähr 56 %, wenn ich es richtig im Kopf habe.

Und wer gedacht hat, das sei es jetzt, und das demokratisch akzeptiert hat, weil es gab wie gesagt eine Volksabstimmung dazu, der sieht sich in der Antwort 3 doch etwas erstaunt, dass der Stadtrat – und jetzt kommt eigentlich der Punkt – ohne jegliche Mitwirkung, ohne irgendjemanden anzufragen, weder öffentlich noch sonst – Mitwirkungsverfahren haben in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung und Anzahl zugenommen –, aber hier hat der Stadtrat im kleinen Kämmerchen zu fünf getagt. Und so wie ich gehört habe – aber nehmen Sie das bitte nicht persönlich –, war man sich nicht einmal sehr einig zu diesem Punkt.

In Zusammenhang mit unserem Vorstoss, der vielleicht hier im Rat nicht die ganz grosse Resonanz findet, habe ich verschiedene Korrespondenzen geführt. Und zwar mit Leuten, die etwas von visueller Gestaltung verstehen.

Ich erlaube mir jetzt, Ihnen ein paar Bemerkungen eines Briefes vorzulesen, der mir hier vorliegt und sich mit dem Thema beschäftigt hat und der das viel besser ausdrückt, als ich es könnte:  
«Die visuelle Identität dient keinem Selbstzweck, sondern steht im Zeichen der Verantwortung des Staates – und auch der Gemeinde – für das Wohl der Öffentlichkeit und dessen Vorbildfunktion.

Ein Corporate Design von Orten und öffentlichen Verwaltungen gerät hin und wieder in die Kritik von Politik und Öffentlichkeit. So wie es aktuell mit dem neuen Stadtlogo der Fall ist. In solchen Auseinandersetzungen überwiegen bei den besorgten Bürgerinnen und Bürgern und Interessengruppen Bedenken und Geschmacksfragen. Das Resultat sieht man an der lieblosen aktuellen «neuen» Version. Zu den ästhetischen Bedenken gehört auch der weit verbreitete Eindruck, Wappen seien überalterte Zeichnungen, die nicht mehr in unsere moderne Welt und schon gar nicht zum Fortschritt einer Gemeinde und des Ortes passen. Genau dann kommen irgendwelche

Fantasielogos zum Vorschein, wie das aktuell gezeigte, welches in 10 bis 20 Jahren wieder abgelöst werden wird.

Dabei wird gerne vergessen, dass gerade Corporate Design als etwas Beständiges keinem zeitgeistigen Trend unterliegen darf. Der Umgang mit historischem Gut darf nicht willkürlichen Entscheidungen fortschrittsgläubiger Behörden oder trendiger Gestalter unterliegen. Die weitere Verwendung eines Wappens muss mit dem nötigen Respekt vor dem kulturellen Hintergrund untersucht werden. Das heisst auf keinen Fall, dass ein Wappen nicht weiterentwickelt werden darf. Ohne die Geschichte zu vergessen, soll ein neuer Entwurf vielmehr ein Wappen in seiner Klarheit stärken und fördern. Aus unseren Erfahrungen [Anmerkung Philip C. Brunner: schreibt diese Person] mit Projekten wie dem des Kantons Obwalden ist eine Lösung mit einem modernen heraldischen Ansatz meist mit hoher Akzeptanz in Bevölkerung und Politik verbunden. Das Wappen ist ein wichtiger Punkt, den man nicht ausser Acht lassen darf. Ein klares, gut modernisiertes Wappen bietet eine optimale Grundlage für die Zukunft, die Bestand hat. Egal, welche Lösung eine Gemeinde verfolgt, das Gemeindegewappen bleibt bestehen. Also warum nicht gleich das Wappen in das neue Erscheinungsbild integrieren?»

Und wenn Sie daran denken, dass eine erfolgreiche Firma wie die V-Zug ihr Logo nicht alle 20 Jahre wechselt und eine Weltfirma, ein Weltkonzern wie Nestlé immer noch das Nestchen in seinem Logo hat, dann ist die Antwort des Stadtrates, man habe aufgrund digitaler Bedürfnisse das alte Wappen ablösen müssen, geradezu lächerlich.

Die Stadt Zürich, das haben wir aufgezeigt, hat dieses Wappen – ich habe mich erkundigt – seit über 70 Jahren und meines Wissens auch nicht vor, das zu ändern. Aber in der gleichen Zeit, in diesen 70 Jahren hat die Stadt Zug bereits dreimal ihr Wappen geändert.

Und ich mache jetzt eine historische Voraussage: Warten Sie ab, in 20 Jahren ist es spätestens auch wieder so weit.

Was ist der Hintergrund? Der Hintergrund ist der Zeitgeist. Man meint, man müsse sich anpassen, modern sein.

Ich meine, wir haben da oben auf dem Postplatz vor einigen Tagen in Anwesenheit des früheren Stadtpräsidenten und weiterer Behördenmitglieder, insbesondere auch von Iris Weder von der Kultur, den Zuger Grafiker Haettenschweiler gefeiert. Wenn Sie morgen den Postplatz überqueren, können Sie diese Flaggen sehen.

Und Haettenschweiler hat dutzende von Logos geschaffen, die wirklich grafisch etwas aussagen. Ein in Arial gestellter Schriftzug «Stadt Zug» genügt nun einfach nicht.

Und wenn der Stadtrat dann noch sagt, das städtische Wappen wehe von Zeit zu Zeit auf dem Stadthaus, dann stimmt das. Ja, das ist erfreulich – noch erfreulicher wäre es, wenn das Stadtwappen auch an allen diesen acht Standorten, die die Stadt hat, wo wir im Moment die Europafahne flattern lassen, flattern würde, und nicht nur dasjenige der Schweiz und des Kantons Zug. Und die unterscheiden sich ja eben, und zwar farblich. Das wird der Grafiker bestätigen: Blau ist nicht Blau, sondern das Blau in unserem Stadtwappen ist eben nicht das dunkle Blau, das marinefarbige Blau.

In diesem Sinn beantragen wir negative Kenntnisnahme dieser Antwort. Sie ist eine eigentliche Arbeitsverweigerung mit einem wichtigen Thema, und das wäre Identität in dieser Stadt, die Identität der Stadt. Man hat jetzt über diverse Male in verschiedenen Runden diese Identität gekillt. Jetzt weiss gar niemand mehr, wie es aussieht. Wir tragen jetzt zwar alle dieses Wappen als Magnet am

Kleidungsstück, das ist ja wunderbar. Aber im öffentlichen Raum ist das Stadtwappen nicht mehr sichtbar. Im Gegenteil, es ist sogar so, dass der grafische Auftritt des Kantons an verschiedenen Orten bei gewissen Tafeln schlecht umgesetzt ist. Es ist wirklich bedauerlich, dass man da im Selfmade-Modus dieses Wappen jetzt abgeändert hat. Ich finde das alte Wappen auch nicht gut, aber ich bin total dagegen – und das ist auch die Meinung unserer Fraktion –, dass man da alle paar Jahre wieder etwas Neues startet, das dann im Präsidentsdepartement zu entsprechenden Medienmitteilungen und Präsentationen führt. Das kann es nicht sein. Ich habe geschlossen, danke.

### **Stefan W. Huber**

Die grünliberale Fraktion möchte ihre Zustimmung zur Antwort des Stadtrates auf die Interpellation zum Ausdruck bringen.

Zunächst einmal erkennen wir die Bedeutung der Traditionen und des Stadtwappens für die Identität der Stadt Zug an. Gleichzeitig freuen wir uns auch über die Modernisierung des Logos, die uns als notwendiger Schritt erscheint, um den Bedürfnissen eines effizienten Verwaltungsbetriebs gerecht zu werden.

Das neue Erscheinungsbild spart nicht nur Kosten, es sorgt auch für eine bessere Kompatibilität mit Verwaltungsangestellten anderer Gemeinden.

Es ist erfreulich, dass die Kosten für das Rebranding den Rahmen der Finanzkompetenz des Stadtrates nicht sprengen und bedarfsgerecht umgesetzt werden. Auch wenn ein gedeckeltes Gesamtbudget vielleicht transparenter gewesen wäre, hätte man die Umsetzung nicht in Etappen verbucht.

Abschliessend möchten wir betonen, dass das Stadtwappen und die Traditionen der Stadt Zug von grosser Bedeutung sind und im öffentlichen Raum auch in Zukunft sichtbar bleiben sollen.

Wir sind mit der SVP einig, das Stadtwappen ist zu wenig präsent in der Stadt. Kaum ein Steuerflüchtling kennt es heute mehr, das Wappen seiner Gastgemeinde.

Wir appellieren deshalb an die Eigenverantwortung und das Gewissen aller aufrechten Stadtzuger Patriotinnen und Patrioten und ermuntern diese, diesen problematischen Entwicklungen innovative Lösungen entgegenzuhalten. Der Erstellung eines privaten Flaggen- und Wappen-Katasters oder Investitionen in kreativ-traditionelle Beflaggungsprojekte seien hier als mögliche Beispiele genannt. Denn nur durch solch eigenverantwortliches Handeln kann die Wappen- und Identitätsdichte der Stadt Zug nachhaltig erhöht und eine intensivere Beflaggung der Stadtzuger Bevölkerung in Zukunft sichergestellt werden.

### **Martin Iten**

Da ist sie also wieder, die nächste Etappe in der Wappen-Debatte, in der Heraldikstunde des GGR. Und ich bin fast ein bisschen schockiert, dass ich für mein Votum fast noch die gleiche Wortwahl gewählt habe wie Philip C. Brunner, sie werden es merken. Ich habe es nicht mit ihm abgesprochen. Ich versuche aber, nicht so emotional zu werden wie er, sondern ein bisschen sachlicher zu bleiben.

Der Stadtrat hat also Zug eigenmächtig, sozusagen hinterrücks und im stillen Kämmerlein – das ist der erste Bezug – ein neues Aussehen verpasst, nach rund 20 Jahren hat man den wenig beliebten schwarzen Balken abgesägt und entsorgt. Der Aufschrei blieb aus, nur die SVP hat jetzt, mehr als ein Jahr nach der Einführung des neuen CIs Fragen eingebracht. Auch ich habe einige. Auch wenn ich diese bereits vor Monaten in einer anderen Debatte schon platzierte, sind sie noch immer aktuell.

Das eigentlich Stossende an der ganzen Sache ist nicht, dass der Trauerbalken beerdigt wurde, da sind wir uns wohl alle einig. Der Skandal ist auch nicht, dass das Preisschild dieses Neuauftritts zu gross wäre, zu hoch ausgefallen wäre. Vielmehr muss ich sagen, dass sich die Kosten offenbar sehr im Rahmen halten, ich hätte da einiges mehr an Kostenfolgen vermutet. Es ist auch nicht der eigentliche Skandal, dass wohl erstmalig in der ganzen Geschichte des Zuger Stadtwappens mit dem neuen Logo ein wesentlicher Kulturwechsel vollzogen wurde – nämlich vom ästhetischen Gestaltungsprinzip hin zu einem Primat des Funktionalismus. Der Stadtrat hat das sehr eindrücklich in seiner Beantwortung offengelegt. Funktionalismus pur – das ist der Tod der Kunst. Ich persönlich finde diesen Schritt sehr bedenklich. Warum, habe ich an dieser Stelle schon einmal ausgeführt.

Das eigentliche Problem aber ist meines Erachtens, dass der Stadtrat die Schaffung des neuen Auftritts gänzlich ohne Mitwirkung oder Einbindung der Zuger Typografie- und Grafikerszene, sozusagen ohne Konsultation des einheimischen Gewerbes, liebe bürgerliche Mehrheit im Rat, vollzogen hat. Das ist für mich absolut unverständlich. Man hat offenbar einfach eine Agentur in Zürich kontaktiert, ausgerechnet jene, die ob ihrer Langweiligkeit wohl selber gähnen muss. Und der Stadtrat ergab sich voll und ganz ihrer zürich-reformatorischen Lustlosigkeit. Das Ergebnis kennen wir: Ein serifenloses Winkeldings kraftloser Buchstaben. Die vertikale Typografie soll wohl die «Immer mehr und immer höher»-Mentalität Zugs darstellen, oder immerhin die wolkenkratzende Verdichtungsstrategie unserer Tage andeuten.

Aktuell hängen am Postplatz Fahnen mit Designs des vor 90 Jahren geborenen und leider schon verstorbenen Zuger Grafikers Walter Haettenschweiler. Haetti, wie wir ihn alle nannten, «hätti» wohl nicht so grosse Freude daran gehabt, dass der Zuger Stadtrat seine beruflichen Nachfolgerinnen und Nachfolger derart ignoriert. Es gibt in Zug kreative Köpfe, die die Stadt kennen und lieben, die wohl mit viel Herzblut an die Sache herangegangen wären und die für Zug sicherlich gerne ein passendes und schönes Auftreten entworfen hätten. Vielleicht hätte ein Wettbewerb ungeahnte Genialität zu Tage gefördert, vielleicht hätte sich ein neuer Haettenschweiler oder eine neue Haettenschweilerin gezeigt. Dazu kam es jedoch nicht. Das Potenzial wurde verkannt, die Biederkeit hat obsiegt. Schade.

Trotz allem sind wir für positive Kenntnisnahme, weil rückgängig kann man das ja, zurzeit zumindest, eher nicht machen.

### **Werner Hauser**

Die visuelle Veränderung des neuen Logos, kann ich nur begrüssen. Der bisherige schwarze Balken war wirklich nichts Schönes.

Eine visuelle Veränderung eines Logos ist immer sehr anspruchsvoll und sollte wenn möglich nur so weit verändert werden, damit die Identität und Erkennbarkeit nicht verloren geht.

Durch eine vorgängige Umfrage, wie es in der Marktwirtschaft üblich ist, könnte man Fehlentscheide verhindern und gleichzeitig eine Möglichkeit der Akzeptanz erkennen.

Die Frage, wieso das Stadtwappen im neuen Logo nicht mehr einbezogen wurde, ist berechtigt.

Was ich in der Interpellationsantwort noch gewünscht hätte, wäre mehr Transparenz bezüglich der geschilderten Kosten. Diese wurden mehr verschleiert als klar dargestellt. Auch die ökonomischen Ziele, wie auch der Mehrwert, wurden nicht erläutert und fehlen in der Antwort des Stadtrates.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals wiederholen: Mir persönlich gefällt das neue Logo. Aber die Strategie dazu wurde vielleicht nicht optimal gewählt.

**André Wicki, Stadtpräsident**

Ich möchte kurz auf den Punkt eingehen, dass da gar keine Zuger dabei waren. Dazumal am 18. September 2018 hat der Stadtrat entsprechend eine Ausschreibung gemacht. Und da waren vier Agenturen aus Zug, eine aus Luzern und eine aus Zürich. Das zu diesem Punkt.

Der Stadtrat hat sich das wirklich nicht einfach gemacht. Das waren intensive Gespräche und Diskussionen. Es ging dann schlussendlich weiter. Wir waren mit dem Wettbewerbsresultat nicht ganz zufrieden und haben das Erscheinungsbild dann neu wieder aufgenommen. Das war ein Kernteam, das sich dem Ganzen angenommen hat. Und schlussendlich waren das auch wieder Zugerinnen und Zuger aus Zug, die dann den endgültigen Schliff gegeben haben. Wir haben das Ganze mit der Firma CI Programm dann weiterarbeitet. Und wie gesagt, der letzte Schliff wurde dann von Zugerinnen und Zugern gemacht – also Haetti oder Haettenschweiler.

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

**Abstimmung Nr. 5**

- Für Kenntnisnahme stimmen 7 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 29 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

**Ergebnis Abstimmung Nr. 5**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme abgelehnt hat.

**Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **8. Parlamentarische Vorstösse**

### **8.1 Postulat (Motion) von P. Steinle, Fraktion ALG-CSP, vom 21. September 2022 betreffend städtisches Stadion mit unverstelltem Arenaplatz**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2792 vom 21. Februar 2023

#### **Patrick Steinle**

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Nebst der äusserst knapp begründeten Ablehnung meiner Anliegen legt er dafür detailliert die derzeitigen Pläne zum Stadion dar und hat auf Nachfrage hin auch das Memorandum of Understanding mit KEB und EVZ offengelegt.

Ich möchte aber hier insbesondere diesem Parlament dafür danken, dass es dem medialen Trommelfeuer und dem Powerplay des EVZ standgehalten hat und durch seine Hartnäckigkeit dafür gesorgt hat, dass der Stadtrat jetzt davon absieht, unser Stadion fast gratis zu verschenken. Damit haben wir die Hauptsache erreicht.

Zu den Nebensachen erlaube ich mir im Folgenden doch noch ein paar Anmerkungen. Auch wenn ich mich beim besten Willen nicht daran erinnern kann, dass sich der GGR jemals gegen eine Finanzierung des Umbaus durch die Stadt selbst ausgesprochen hat, ist der Ansatz mit Mieterausbau im Gegenzug zu einem langfristigen, günstigen Mietvertrag durchaus akzeptabel. Erstaunlich und ein bisschen bedenklich finde ich aber die Begründung, eine Finanzierung der Erweiterung durch die Stadt komme schon deshalb nicht in Frage, weil dem Baudepartement die Kompetenz und die Kapazität für die nötigen Planungs- und Projektierungsleistungen fehle.

Schwierig bleibt auch das Dreiecksverhältnis Stadt, KEB und EVZ. Das neue Organigramm im Anhang 1 des Memorandums of Understanding sieht fast noch komplizierter aus als das alte.

Eigentlich ist es ja auch kein Mieterausbau, sondern ein Untermieterausbau. Und der Untermieter akquiriert und kassiert auch die Naminggebühren, die er nicht mit dem Vermieter, sondern mit der Stadt teilt. Die KEB hingegen überweist neu die Erträge aus der Untervermietung an die Stadt, wird dafür dann im Rahmen der Leistungsvereinbarung entschädigt. So einen Vermieter hätte ich auch gerne, der mich für die Überweisung der Miete entschädigt.

Ich rege an, bei diesem Dreiecksverhältnis zu prüfen, ob wir die derzeitigen Aufgaben der KEB nicht auch zwischen Sportamt und EVZ aufteilen könnten, das würde die Sache wohl deutlich vereinfachen. Bleibt noch die Frage nach dem Modul Süd, das gemäss EVZ und Stadtrat dermassen unverzichtbar ist, dass er keine Alternativen prüfen will.

Über Geschmack lässt sich ja nicht streiten und gegen eine Stadtbildkommission, die das Ganze gut findet, ist schwer zu argumentieren. Trotzdem: In Luzern würden sie sicher nichts unters KKL-Vordach bauen, der Gesamteindruck des Dachs wird geschmälert, wenn fast ein Drittel der Fläche und ein Sechstel des Volumens darunter zugestellt wird.

Der Stadtrat beruft sich auch auf eine Konsultativabstimmung im GGR. Damals wurde aber lediglich dem Projekt «Keep Building» der Vorzug vor anderen, noch weit radikaleren Eingriffen gegeben. Es lässt sich daraus kaum eine Zustimmung zu allen Details des Projekts ableiten.

Das Bauen unter dem Stadiondach hat aber nicht nur gestalterische, sondern auch physikalische Nachteile. Ich finde es gut, wurde letzten Herbst dem Klimawandel und der Strommangellage Tribut gezollt und für einmal darauf verzichtet, anfangs Herbstferien schon bei noch fast 20 Grad das Ausseneisfeld zu eröffnen. Ich hoffe, das wird in Zukunft so beibehalten.

Ich hoffe aber auch, dass das Ausseneisfeld unter dem Dach bleibt. Einerseits bietet dieses einen hervorragenden Witterungsschutz und macht so das «Schliifschüendle» allwettertauglich, andererseits ist es eben doch energiesparend, auch wenn das jetzt kleingeredet wird. Das war nicht immer so, früher wurde es hochgelobt: Der Architekt Andreas Brunnschweiler wurde in der Luzerner Zeitung vom 4.3.2011 zur Stadiondecke wie folgt zitiert: «Sie wirkt wie ein Spiegel und reflektiert die Kälte zurück aufs Eis». Dank diesem Trick könne massgeblich Energie gespart werden.

Es würde sich also wohl doch lohnen, nicht stur an diesem Modul Süd festzuhalten, sondern nochmals zu prüfen, ob die bessere Anbindung an den Platz, die Fanzone und allenfalls auch eine Winterlandschaft nicht auch auf anderem Weg und mit einem kleineren Eingriff realisiert werden könnten. Unsere Fraktion wird das im Rahmen der Bebauungsplananpassung auf jeden Fall fordern.

Wir nehmen den Bericht so zur Kenntnis.

#### **Jérôme Peter**

Besten Dank an Patrick Steinle für das Postulat und die damit einhergehenden Fragen.

Wir von der SP-Fraktion nehmen von der geplanten Erweiterung Kenntnis. Dass wir davon begeistert sind, kann nicht die Rede sein. Dass der Arenaplatz mit einem neuen Modul verkleinert werden soll, finden wir schade. Wir würden es begrüßen, wie schon Patrick Steinle vorher erwähnt hat, dass hier noch nach Alternativen gesucht wird. Es gilt für uns dann, beim Bebauungsplan genau hinzuschauen.

Ebenfalls sind für uns immer noch viele Fragezeichen bei der Dreiecksbeziehung Stadt, EVZ und KEB, das Ganze scheint uns immer noch eine gewisse Intransparenz zu besitzen. Es gilt ein grosses Augenmerk darauf zu legen, ob das alles mittel- und langfristig funktioniert, zum Beispiel bei einem Besitzerwechsel des EVZ oder einem Abstieg – was wir natürlich nicht hoffen, dass das passiert.

Nichtsdestotrotz können wir das Vorhaben, dass der EVZ den Ausbau selber finanziert, zur Kenntnis nehmen. Einige Punkte möchten wir aber bereits jetzt auf den Weg geben, die wir als wichtig erachten.

Betreffend Winterlandschaft: Die Ausseneisbahn hat bereits heute mit den wärmer werdenden Wintern zu kämpfen, die Nutzungsdauer musste bereits eingeschränkt werden. Mit dem Neubau unter dem Stadiondach wird die Aussenfläche grösstenteils ungedeckt sein. Dies sehen wir sehr kritisch, sowohl hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit als auch was die Nutzungsmöglichkeiten für die breite Öffentlichkeit betrifft. Schon das aktuelle Angebot für den öffentlichen Eislauf und die Nutzung des Ausseneisfeldes durch die Schulen ist sehr begrenzt. Die SP-Fraktion befürchtet, dass diese Möglichkeiten mit dem Ausbau noch stärker eingeschränkt werden.

Auch wollen wir bereits jetzt mit auf den Weg geben, dass das Projekt dazu genutzt werden soll, die Umgebung attraktiver zu gestalten. Besonders würden wir uns wünschen, dass es eine Aufwertung in Richtung Weststrasse geben würde.

Die SP nimmt von der Antwort des Stadtrats Kenntnis.

### **Marco Laubacher**

Der EVZ ist aus der Stadt Zug nicht mehr wegzudenken. Die Transparenz und Offenlegung der Finanzierung sind der Grundstein für eine vertrauensvolle, langfristige Zusammenarbeit.

Mit dem Bericht des Stadtrates vom 21. Februar wurde ein wesentlicher Schritt in diese Richtung geleistet. Darin ist zu entnehmen, dass der EVZ als Mieter für einen Grossteil der Umbaukosten aufkommt. Der Steuerzahler muss sich nur mit kleinen Beiträgen beteiligen. Diese Beteiligung erfolgt zudem für Leistungen, welche der Allgemeinheit und nicht nur dem EVZ und dessen Fans zugutekommen.

Es gibt jedoch einige Punkte anzusprechen, welche der FDP-Fraktion, und vor allem auch mir, am Herzen liegen.

Das aussen geplante Eisfeld mit der dazugehörigen Winterlandschaft sollte unseres Erachtens für die Bevölkerung nicht zu mager ausfallen. Eine Aufwertung hat der Bossardplatz generell nötig, wirkt er doch sehr karg und trist. Ich hoffe schwer, dass sich der Stadtrat hier nicht lumpen lässt und auch den «Nicht-Hockeyanern» ein attraktives Ausseneisfeld zur Verfügung stellt.

Weiter bringt die Aufstockung zusätzliche Herausforderungen mit sich. Durch den Ausbau des Stadions wird sich bekanntlich die Menge der Zuschauer um 1550 Personen im Stadion erhöhen, ohne die zusätzlichen Mitarbeiter und Gäste des Public Viewing während der Playoff-Zeiten miteingerechnet. Wir fragen uns, welche Auswirkungen dies auf ZVB, SBB, Autobahnzufahrten und die umliegenden Quartiere haben wird. Wurde dies bei der Planung berücksichtigt?

Wir regen an, dass der Stadtrat sich genug früh um die entsprechende Mehrbelastung kümmert und auch die zusätzlichen Kosten von Beginn weg offenlegt.

Von Zahlen gesprochen erscheint uns das Fixum für die Namensrechte im Betrag von CHF 150'000.00 keine ideale Lösung. Wir hätten uns hier einen flexibleren Mechanismus vorgestellt, welcher den tatsächlichen Einnahmen aus den Namensrechten Rechnung trägt.

Um die umliegenden Bars und Restaurants machen wir uns hingegen keine Sorgen, da sich diese sicher über die zusätzlichen Gäste freuen werden, was man wahrscheinlich nicht von allen umliegenden Anwohnern behaupten kann.

Die FDP-Fraktion befürwortet aber trotz gewisser Bedenken weiterhin aber klar eine Aufstockung der Bossard Arena und steht auch hinter der nun neu vorliegenden Variante mit den Mieterausbauten.

### **Manuela Leemann**

Wir schätzen es, dass wir uns im Rahmen dieses Vorstosses auch zum neuen Finanzierungsmodell zur Erweiterung der Bossard Arena äussern können.

Vor einem Jahr haben wir über den Zwischenbericht zur Erweiterung der Bossard Arena debattiert. Es wurde heftig diskutiert und die vorgesehene Variante mit dem Baurecht kam im Parlament nicht gut an, auch bei uns, der Mitte, nicht.

Wir von der Mitte-Fraktion haben betont, dass wir die Kontrolle über stadt-eigene Bauten beibehalten und bei wichtigen Entscheiden wie der Namensgebung, dem Eislauf der Schüler etc. mitreden möchten. Es war und ist uns auch heute noch wichtig, dass die Stadt das Zepter in solchen Fällen nicht ganz aus der Hand gibt. Und dass dieses Anliegen durchaus begründet ist, kann man mit Blick auf das FCL-Stadion sehen, das im Baurecht vergeben wurde. Wir haben zu Recht gefordert, dass

das Eigentum bei der Stadt bleibt. Daher konnten wir der vorgesehenen Finanzierung nicht zustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal betonen, dass wir nie etwas gegen die Erweiterung oder gar den EVZ gehabt haben. Wir verstehen, dass der Ausbau nötig ist. Und wir finden es echt toll, dass wir mit dem EVZ Spitzenhockey in der Stadt Zug haben und so unserer Bevölkerung tolle Sportevents direkt vor der Haustür geboten werden können.

Dass wir nicht der Erweiterung an sich, sondern nur der Finanzierung nicht zustimmen konnten, hatten aber insbesondere die Medien nicht ganz verstanden. Wir, also der GGR, wurden als Verhinderer und Gegner des EVZ hingestellt. Vielleicht sehen die Medienvertretenden dies inzwischen auch anders. Denn wir finden, dass sich die Extrarunde gelohnt hat. Der Stadtrat kommt mit seiner neuen Finanzierungsvariante den Anliegen des GGR nach.

Der Stadtrat beabsichtigt nun, ein Mietermodell umzusetzen. Die Details kennen Sie: Der EVZ wird die Erweiterung auf eigene Kosten umsetzen. Diese fällt nach Fertigstellung in das Eigentum der Stadt. Die Stadt übernimmt die Anpassungen in der Umgebung. Der Stadtrat hat damit in Zusammenarbeit mit dem EVZ eine Finanzierungsvariante gefunden, hinter der wir stehen können. Es freut uns, wenn die Erweiterung nun realisiert werden kann.

Aber: Es gibt schon auch Punkte, die unsere Freude trüben. Zum Beispiel wird ein Kubus unter dem Vordach erstellt. Ein Dach wird also unter dem Dach erstellt und versperrt so Platz unter dem Vordach. Es mag zwar sein, dass das Vordach nicht berührt wird, die architektonische Qualität des Vordachs wird dadurch aber allemal beeinträchtigt. Und dieses spezielle, tolle Vordach kann auch nicht mehr so genützt werden, wie es aus unserer Sicht sinnvoll wäre.

In diesem Zusammenhang weint unser Herz aber vor allem auch über den Verlust eines gedeckten Ausseneisfeldes und die damit zusammenhängenden eingeschränkten Möglichkeiten unserer Bevölkerung, das Eisfeld zu benutzen.

Das Eisfeld wird nicht mehr gedeckt sein und wird daher schon wettertechnisch viel weniger benutzt werden können. Leidtragende sind unsere Bevölkerung und die Schulen. Herr Iten und Frau Stadlin und unsere anderen Stadtzugerinnen und Stadtzuger können in Zukunft nur noch bei gutem Wetter eislaufen. Familien mit Kindern, die jetzt ihren Kindern mit dem Eislaufen gerade auch bei schlechtem Wetter eine Aktivität bieten können, werden bei dem Projekt vergessen. Und auch für Schulen wird es eine Herausforderung sein, einen Tag auf dem Eisfeld zu planen.

Dazu kommen die verkürzten Betriebszeiten. Der Stadtrat spricht die Energiemangellage und die steigenden Stromkosten an. Im Postulat wird schon jetzt angekündigt, dass die Winterlandschaft wahrscheinlich kürzere Zeit benützbar sein wird. Wir konnten schon dieses Jahr miterleben, dass das Eisfeld für die Bevölkerung schon Mitte Februar, also rund einen Monat früher als üblich, geschlossen wurde. Die Begründung der KEB war aber übrigens nicht primär die Strommangellage – da kann man sich eh fragen, solange Skipisten in grünen Hügeln beschneit werden, aber das ist ein anderes Thema. Nein, die Begründung waren die hohen Stromkosten. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie das mit den Kosten künftig aussehen wird: Durch die geringere Nutzung aufgrund des Wetters, das heisst weniger Einnahmen, werden die Kosten verhältnismässig natürlich noch weiter steigen. Es wird sich also noch weniger lohnen, das Ausseneisfeld offen zu halten.

Wir sind uns bewusst, dass es wohl kein perfektes Projekt gibt, und wir stellen uns auch aufgrund der vorgenannten Punkte nicht gegen die vorgesehene Umsetzung. Uns ist es aber ein Anliegen, dass auch an die Bevölkerung – und dabei meine ich eben nicht nur die EVZ-Fans – gedacht wird und die Anliegen der Bevölkerung mitberücksichtigt werden.

Und da appellieren wir an den Stadtrat: Wir fordern den Stadtrat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Trainingshalle künftig bei schlechtem Wetter wie auch bei verkürzten Betriebszeiten des Ausseneisfeldes sowohl für die Schulen wie auch für die allgemeine Bevölkerung, das heisst Einzelpersonen, geöffnet wird.

Wir nehmen den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung des Geschäfts zu.

### **David Meyer**

Vor einem guten Jahr waren wir von der GLP ja die ganz Bösen. Wir hatten diese ketzerischen Fragen gestellt zum Stadion, zur Finanzierung und zur Struktur. Und was wurden wir da niedergelacht von den Medien. Auch hier drin gab es Parteien, die einfach den Blankoscheck rübergeschoben hätten, ohne zu fragen, was passiert.

Nun sind wir ein Jahr später hier und ein Blick zum FCL sagt uns, wir lagen absolut richtig. Eine späte, aber doch immerhin eine Genugtuung nehmen wir gerne so entgegen.

Nun sind wir beim Lesen dieses Vorstosses zum Eisfeld gelangt und haben uns dann auch mit diesem Eisfeld befasst, dass eben unter dem Dach liegt.

Das Eisfeld wird vom Breitensport benutzt und nicht vom Spitzensport. Und wenn man sich so anschaut, wie da genutzt wird, dann ist das sehr angenehm, weil es im Trockenen ist und man seine Schlittschuhausflüge planen kann. Auch die Schulen können davon ausgehen, dass sie die Sportstunden da abhalten können, ohne nass zu sein und ohne in einem Schwimmbad statt auf einem Eisfeld zu fahren – weil es eben gedeckt ist.

Und jetzt ist der Vorschlag hier, dass man das Eisfeld unter dem Dach hervorzieht und die Gastronomie an dessen Stellen platziert. Nun sehen Sie, wir verstehen das, aber die Gastronomie ist deutlich mobiler, denn die ist so oder so gedeckt. Der Platz ist gross, man kann die auch woanders auf dem Platz hinstellen. Aber das Eisfeld unter dem Dach mit dieser Architektur ist sonst kaputt, wenn man da so einen Gastronomiebetrieb hinstellt.

Man müsste auch einmal die Verhältnisse betrachten und sagen: Ja, wann ist das Gastronomieleben denn aktiv? Zwei, drei Mal die Woche, wenn eben Match ist. Wann ist das Eisfeld aktiv? Ganztags, die ganze Woche. Deswegen sind die Verhältnisse der Priorisierung auch entsprechend, dass das Eisfeld eben Vorrang hat vor der Gastronomie.

Sie sehen, wir waren damals und sind auch diesmal immer noch für den Stadionausbau, wir sind für die Gastronomie – aber wir sind halt eben auch für ein Eisfeld unter dem Dach. Und hier braucht es noch etwas Bewegung, sonst wird das eher schwierig mit einer Zustimmung.

### **Roman Küng**

Bereits als es um die Überweisung dieser Motion ging, hatte ich es erwähnt: Der Grund dieser Motion war einzig und allein der Versuch, den Stadionausbau zu verzögern oder noch besser zu verhindern. Aus welchen Gründen auch immer.

Nach mehreren Machbarkeitsstudien wurde der Entscheid für das Konzept «Keep Building» getroffen, bei welchem an der bestehenden Architektursprache angesetzt und die Arena massvoll erweitert wird. Eine sehr gute Lösung.

Der EVZ will die Erweiterung der Bossard Arena selbst finanzieren und will keine Steuergelder hierfür eingesetzt haben. Dies entspricht auch der klaren Haltung des Stadtrates sowie des GGR. Machen wir also vorwärts; hopp EVZ.

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht zu dieser in ein Postulat umgewandelten Motion und beantragt die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

### **Urs Raschle, Stadtrat**

Ich danke für die positive Aufnahme der Vorlage. Es wurde erwähnt, sie ist etwas umfassender ausgefallen. Es war dem Stadtrat aber wichtig, Ihnen aufzuzeigen, was in den letzten Monaten alles passiert ist. Denn die letzte Vorlage war ja noch der Zwischenbericht II mit dem Vorschlag des Baurechts. Und seit dem, da geben Sie mir sicher recht, ist eben einiges passiert, mit dem Memorandum of Understanding als letzter Höhepunkt, also der Vereinbarung zwischen Stadt, EVZ und der Kunsteisbahn AG und eben auch der Auflistung der Verbundenheit.

Da wurde ein Aspekt eingebracht, den ich nochmals aufzeigen möchte. Es ist keine Dreiecksbeziehung, welche es da zukünftig geben wird, sondern es ist eine klare Beziehung zwischen Stadt und KEB und zwischen KEB und EVZ. EVZ und Stadt haben da nichts miteinander zu tun. Das werden Sie dann auch sehen, wenn die Leistungsvereinbarung vorliegt zwischen Stadt und KEB.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass das Projekt in den letzten Monaten und Wochen tatsächlich nochmals besser geworden ist, insbesondere auch aufgrund des neuen Anbaus Süd – Sie haben es mitbekommen –, der auch von der Stadtbildkommission als sehr positiv betrachtet worden ist. Ich selber sass da in der Sitzung, um zu hören, was die Stadtbildkommission dazu sagt. Und die Kommission hat gesagt, dass es diesem Projekt gelingt, die Verbindung zwischen Stadion und Arenaplatz dank dieses Süd-Anbaus zu öffnen.

Der Arenaplatz ist ja grundsätzlich mal eine Wüste. Ich selber muss gestehen, wenn ich da an einem normalen Tag über den Platz laufe, fühle ich mich nicht sehr wohl. Und ich weiss von vielen Zugerinnen und Zugern, dass es ihnen genauso geht, es sei denn, sie spazieren zum Stadion, weil ein Match stattfindet. Aber es wurde ebenfalls bereits gesagt, das ist ja nicht jeden Tag der Fall – respektive jetzt in den Playoffs schon, aber normalerweise ja nicht.

Deshalb ist das eine riesige Chance für den Stadtrat, der ja dann auch die Finanzierung des Platzes übernimmt, dass man den Arenaplatz attraktiver gestalten kann, mit einer klaren Abgrenzung gegenüber der General-Guisan-Strasse und vor allem einer Verbesserung des allgemeinen Platzes mit neuen Bausteinen, welche dann auch mehr Wasser aufnehmen können und dadurch auch die Qualität verbessern.

Wir haben da nicht nur die Möglichkeit der Winterlandschaft, sondern wir können dadurch auch im Sommer vermehrt Angebot entwickeln, sportlich oder auch kulturell. Und das ist etwas, das wir von der Bevölkerung hören, das ist genau gewünscht.

Und im Winter soll es eben diese Winterlandschaft geben. Als ehemaliger Touristiker muss ich Ihnen sagen: Was gibt es da Besseres als diese Winterlandschaft? Sie wissen vielleicht, Zugerinnen und Zuger reisen zum Beispiel nach Interlaken, weil dort eine sehr attraktive Winterlandschaft jeweils in

den Wintermonaten vorhanden ist. Dies müssen sie in Zukunft nicht mehr, denn es gibt eine wirklich tolle Geschichte direkt vor dem Arenaplatz.

Auch mit neuen Technologien kann man da arbeiten, es ist dann nicht mehr mit dieser Eisproduktion, die wir jetzt haben.

Trotzdem, liebe Manuela und Mitte-Fraktion, wir nehmen diesen Aspekt auf und schauen nochmals mit der KEB und dem EVZ, ob es eine Möglichkeit gibt, dass man auch die Trainingshalle benützen kann.

Ein letzter Aspekt, den ich noch erwähnen möchte, ist die Thematik «Naming». Stadt und EVZ haben intensiv über diese Thematik diskutiert. Und beide sind sich einig: Ein Markenwert eines Stadions entsteht weniger durch den Bekanntheitswert der Stadt, sondern vielmehr durch das Zuschaueraufkommen respektive die Berichterstattung eines Clubs. Und dies ist nun mal der EVZ. Deshalb ist es aus Sicht des Stadtrates richtig, dass zukünftig respektive dann ab 2025 der EVZ das Naming selber in die Hand nehmen kann. Der Stadtrat behält aber ein Vetorecht und kann am Schluss dann entscheiden, ob er mit dem Vorschlag des EVZ einverstanden ist. Immerhin bekommt die Stadt dafür auch noch etwas Geld, obwohl die gesamte Sache dann beim EVZ ist.

In diesem Sinne danke ich wirklich für die positive Aufnahme, denn es ist für uns ein wichtiger Meilenstein, wenn wir von Ihnen nun ein positives Zeichen erhalten, dass wir da weitermachen können.

#### **André Wicki, Stadtpräsident**

Besten Dank für ihr doch mehrheitlich positives Feedback. Vielen Dank auch dir, Urs, für deine Ausführungen. Ich hätte es nicht besser sagen können. Es ist klar und deutlich, was der Stadtrat will und was nicht.

Sie mögen sich erinnern, Ende 2019 ist der EVZ auf uns zugekommen. Der Stadtrat hat von Anfang an gesagt, okay, wir können das Bedürfnis nachvollziehen, aber nicht den Betrag, und haben das zurückgespielt. Und der EVZ hat das geklärt und gesagt, okay, wir schauen, dass wir für die Kosten aufkommen können. Mittlerweile wissen wir, dass heisst schon länger, seit fast zwei Jahren, dass wir da von rund CHF 36 Mio. reden.

Wir haben im Stadtrat besprochen, dass wir das mit Zwischenberichten machen, um auch zu sehen und zu spüren, wie Sie das von Ihrer Seite sehen. Der erste Zwischenbericht bei der Statik und der zweite Zwischenbericht mit der Ausführung. Wir waren zweimal in der GPK und zweimal in der BPK, selbstverständlich auch im GGR.

Die einzige Konstanz im Universum ist die Veränderung. Der Spruch ist nicht von mir, sondern von Albert Einstein. Oder anders gesagt: Reibung gibt Optimierung – und das hatten wir miteinander. Sie waren dazumals nicht der Meinung des Stadtrats, dass wir das mit einem Baurecht tun sollen. Und wir sind zurückgegangen und haben das entsprechend intern mit dem EVZ und Fachleuten angeschaut. Das geht in den Mieterausbau rein.

Alles andere hat Stadtrat Urs Raschle ausgeführt. Ich möchte Ihnen aber noch etwas anderes kurz aufzeigen, das Sie bestimmt schon wissen, aber man kann es nicht genug in Erinnerung rufen: Meine Damen und Herren, in welcher Stadt ist der eigene Fussball- oder Eishockeyclub bereit, auf eigene Kosten hin die Arena zu erweitern? Dies als Mieter, ohne dass ihm das Gebäude gehört. Soviel ich weiss, nirgends.

Und soviel ich weiss, waren einige Herren von Ihnen vor wenigen Wochen schon in Zürich. Da wurde das neue Stadion des letztjährigen Finalgegners eröffnet. Ja, sie haben es selber realisiert, dies aber mit einer grossen Unterstützung durch die Stadt Zürich. Ein Darlehen von CHF 120 Mio., ein jährlicher Betriebsbeitrag von CHF 2 Mio. über die nächsten 30 Jahre – man rechne. Ein weiterer Objektkredit von CHF 4.7 Mio. Und vom Landwert, glaube ich, wollen wir gar nicht sprechen.

Nicht so der EVZ. Er will da kein Geld. Er will die Möglichkeit erhalten, in die Arena weiter zu investieren und umzubauen, und setzt damit ein Zeichen, dass es in der Stadt Zug auch so weiter bleibt für alle Damen und Herren Fans.

Ja, es sind ja nicht nur die CHF 36 Mio., sondern auch der Unterhaltsbeitrag in diesem erweiterten Teil wird seitens EVZ mit 2 % vom Totalbetrag alimentiert.

Ja, der EVZ hat bei uns angeklopft. Der Weg ist das Ziel. Ich danke Ihnen für die ganzen zwei Jahre mit vielen Inputs und Auseinandersetzungen. Dafür sind wir wirklich dankbar, aber nur so kann sich der EVZ sportlich und wirtschaftlich weiterentwickeln. Der EVZ hat die Sympathie der breiten Bevölkerung und ich meine schon, dass wir das auch so tun sollen.

### **Ergebnis**

**Ratspräsident Roman Burkard** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## 9. Mitteilungen

### Danksagung Stadtweibel Marco Borner

#### **Roman Burkard, Ratspräsident**

Für Marco Borner war es heute der letzte Auftritt im GGR in seinem Amt als Stadtweibel. Marco Borner war vom Dezember 2017 bis November 2018 als Stadtweibelstellvertreter und dann vom Dezember 2018 bis zum März 2023 als Stadtweibel tätig.

In dieser Zeit hast du, lieber Marco, den Ratsbetrieb in einer diskreten, souveränen und eben auch würdigen Art immer tatkräftig unterstützt. Auch wenn es manchmal etwas turbulent zu- und herging und die Abende, wie auch heute, auch mal etwas länger wurden, hoffe ich, dass du den GGR in positiver Erinnerung behältst.

Für mich persönlich war es eine besondere und grosse Ehre, mit dir anlässlich der konstituierenden Sitzung den Tambouren-Zug anzuführen. Man fühlt sich gleich wie ein richtiger Staatsmann, wenn man neben dir in deinem Weibel-Ornat durch die Zuger Altstadt laufen darf.

Ich möchte mich bei dir, lieber Marco, im Namen des Grossen Gemeinderates und der gesamten Zuger Bevölkerung ganz herzlich für deine Arbeit bedanken und wünsche dir für deine Zukunft nur das Beste. Ich darf dir nun im Namen des GGR, aber auch im Namen des Stadtrates einen Blumenstrauss überreichen für deine Arbeit. Herzlichen Dank.

*Die Anwesenden applaudieren.*

### Rücktrittserklärung Gemeinderat Gregor R. Bruhin

#### **Gregor R. Bruhin**

Heute erkläre ich meinen Rücktritt als Gemeinderat der Stadt Zug per Ende der nächsten GGR-Sitzung vom 11. April.

Ich war etwas über 3000 Tage im Amt. Das sind ein bisschen mehr als acht Jahre. In dieser Zeit habe ich zwei Ratspräsidentinnen und drei Ratspräsidenten erlebt, drei Stadtpräsidenten und fünf Stadträtinnen und Stadträte – die Stadtpräsidenten müsste man da eigentlich auch wieder dazuzählen, dann sind es acht, aber sonst wäre es doppelt gezählt.

Gewählt wurde ich damals als jüngster Gemeinderat. Das hat sich dann aber in den letzten Jahren verändert, auch ich bin älter geworden, die ersten grauen Haare kommen auf der Seite. Aber einen Rekord halte ich noch: Seit es den Grossen Gemeinderat von Zug gibt, bin ich das jüngste GPK-Mitglied bei Amtsantritt – damals war ich 21 Jahre alt. Und wenn ich so zu dir schaue, Nina, bin ich froh, wenn du mir diesen Rekord noch bis zum Schluss gelassen hast.

Es waren die acht Jahre in der Geschäftsprüfungskommission, die mir gezeigt haben, wie wichtig es ist, hart zu diskutieren, aber trotzdem gute kameradschaftliche Beziehungen zu pflegen.

So habe ich damals als jüngster Gemeinderat mit der damals ältesten Gemeinderätin Monika Mathers, die heute auch hier war, den GGR-Ausflug erfolgreich organisiert, der Sparen und Verzicht zum Opfer gefallen ist. Und dies, obwohl Monika und ich in der GPK und auch hier in diesem Rat durchaus hart miteinander ins politische Gericht gegangen sind.

Diese Erfahrungen haben es möglich gemacht, dass ich erfolgreich für die SVP dann auch später Verantwortung in Spezialkommissionen übernehmen konnte, eine durfte ich sogar präsidieren.

Sie wissen es, mein Einsatz gilt und galt der Freiheit. Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts. Immer mehr wird politisch ein allumfassender Nanny-State gefordert und gefördert, der einem die Wünsche von den Lippen abliest, alles finanziell möglich macht und einen liebevoll erdrückt. Das ist der falsche Ansatz, er untergräbt Leistung, Wettbewerb und Eigenverantwortung und gefährdet unseren Wohlstand existenziell.

Aus diesem Grund waren mir stets neun Grundprinzipien freiheitlicher Politik wichtig. Ich fasse sie kurz zusammen, Sie müssen keine Angst haben:

1. Die Herrschaft des Rechtes – es gelten die Gesetze und nicht die Moral des Zeitgeistes;
2. Die Wertschätzung der spontanen Ordnung – Problemen klären sich gesellschaftlich und wirtschaftlich automatisch ohne Regulierung meist besser als mit dem Staat;
3. Minimierung von Zwang – diesen gilt es in allen politischen Handlungen auf das Minimum zu begrenzen, wie wir es erfreulicherweise an der letzten GGR-Sitzung beispielsweise beim Lärmreglement gemacht haben;
4. Wertschätzung der Zivilgesellschaft – für die vielen Tätigkeiten, die sie erfolgreich übernimmt als Beweis dafür, dass ein subsidiäres Gemeinwesen als ein allumfassender Staat;
5. Repräsentative und beschränkte Regierung – das hört jetzt der Stadtrat vielleicht nicht so gerne, ist aber für uns als Parlamentarier ganz, ganz wichtig. Wir müssen ständig und laufend dem Stadtrat und der Verwaltung kritisch auf die Finger schauen. Wenn ich heute so gehört habe, wir müssen einfach vertrauen, dann bekomme ich ein ungutes Gefühl;
6. Zentrale Rolle der Eigentumsrechte – auch hier, denke ich, können wir in Zukunft besser werden. Verletzen tun wir das beispielsweise bei immer mehr Eingriffen im Bauwesen, die Diskussion zu den Bebauungsplänen hier im Rat lässt grüssen;
7. Im Zweifel für die Freiheit – sind wir uns nicht sicher, sollten wir uns immer für die freiheitliche Lösung entscheiden und nicht für die staatliche;
8. Vorrang des Individuums vor kollektivistischen Lösungen;
9. Einer der wichtigsten Punkte: Toleranz – insbesondere gegenüber Andersdenkenden. Der Wettbewerb der Meinungen herrscht nur, wenn wir auch jenen tolerant gegenüber treten, deren Meinung wir nicht teilen.

Mein heutiger Rücktritt fällt mir ehrlich gesagt schwer. Ich politisiere sehr gerne hier. Doch nach meiner Wahl in den Kantonsrat musste ich feststellen, dass die Ausübung eines Doppelmandates nebst meinem Job in einem grossen, nationalen Unternehmen eine Belastung ist, die ich nicht mehr so stemmen kann. Dazu kommt, dass mit René Gretener ein hervorragender Nachfolger bereit ist, der bereits fleissig die GGR-Sitzungen als Gast mitverfolgt hat.

Ich habe die Zusammenarbeit mit Ihnen im Grossen Gemeinderat und mit Ihnen, geschätzte Stadträte, immer sehr geschätzt. Konkret, dass wir auch nach harten Diskussionen nach der Sitzung noch gemischt ein Bier oder ein Tee oder ein Glas Wein trinken gingen. Gelebte Kameradschaft, die mir immer wichtig war und die für jeden einzelnen in diesem Rat spricht. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich diese Eigenschaften weiter bewahren. Und selbstverständlich wünsche ich mir weiterhin freiheitliche Mehrheiten und ein Fokus auf Themen, die unsere Stadt wirklich weiterbringen. Denn das und nur das ist unsere Aufgabe als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadt Zug.

Abschliessend danke ich meiner Fraktion der SVP herzlich für das langjährige Vertrauen, ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit und dir, lieber René, viel Freude im neuen Amt.

*Die Anwesenden applaudieren.*

**Ratspräsident Roman Burkard** teilt mit, dass er sich mit seiner Laudation noch zurückhält, da es noch nicht die ganz letzte Sitzung von **Gregor R. Bruhin** war. Die offizielle Verabschiedung wird an der nächsten Sitzung im April stattfinden.

Information aus der Verwaltung betreffend Anfragen aus dem GGR

**Ratspräsident Roman Burkard** informiert, dass ab und zu Anfragen von GGR-Mitgliedern an die Verwaltung gelangen. Diese Anfragen gelangen an Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Bis die Anfragen beim zuständigen Stadtrat sind, vergehen ein paar Mails und entsprechende Zeit. Im Sinne der Effizienz macht es darum Sinn, wenn Anfragen immer an den zuständigen Stadtrat gerichtet werden. So sind die Anfragen gerade am richtigen Ort und können effizient bearbeitet werden.

Glückwünsche zum Geburtstag

**Roman Burkard** gratuliert **Maria Hügin** herzlich zum Geburtstag und hofft, dass sie den heutigen Tag auch im GGR etwas geniessen konnte.

*Die Anwesenden applaudieren.*

**Die nächste Sitzung des GGR findet statt:**

Dienstag, 11. April 2023, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 21. März 2023
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste